Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. 1 Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 27. Januar 1925 | 5. Jahrgang ★ Nr. 8

Die kommunistische Reichstagsfraktion an die Bergbau-Betriebsräte

Heraus zur Mitteldeutschen Bergarbeiter-Betriebsräte-Konferenz

Durch das Ermächtigungsgesetz ist dem deutschen Proletariat, insbesondere der Bergarbeiterschaft und den Arbeitern der Hütten- und Hochofenwerke der 8- bzw. 7-Stundentag geraubt und eine Arbeitszeit bis zu 12 Stunden aufgezwungen worden. Die Kampfkraft des Proletariats war nicht groß genug, um den Anschlag der Gruben- und Hüttenkapitalisten und deren Regierung abzuwehren. Mit verbissener Wut schuften heute noch die Berg- und Hüttenarbeiter bei unerträglich langer Arbeitszeit für Hundelöhne.

Während des Wahlkampfes zum Reichstag hat der Reichsarbeitsminister Braun den Arbeitern der Hütten-, Hochofen- und sonstigen gesundheitsschädigenden Betrieben versprochen, spätestens am 15. Januar 1925 durch Verordnung das Dreischichtensystem, d. h. den Achtstundentag wieder einzuführen. Wie nicht anders zu erwarten war, hat

der Reichsarbeitsminister sein Versprechen nicht gehalten.

Inzwischen ist ein Schiedsspruch gefällt und für verbindlich erklärt worden, der eine Arbeitszeit von 8½ bis 9 Stunden unter Tage und 12 Stunden über Tage erneut festgelegt hat. Dieser skandalöse Schiedsspruch soll bis zum 30. Juli Gültigkeit haben. Er wurde noch bekräftigt durch eine Erklärung des Reichsarbeitsministers Braun, dem Zechenverband gegenüber,

„daß er eine Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage nicht dulden" werde.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat Mitte Januar dem Arbeitsminister „empfohlen" die Hochofenwerke, Verkokungs- und Kohlendestillationsanlagen . . . zu dem 1. März 1925 den Bestimmungen über Paragraph 7 (über den Achtstundentag) zu unterstellen. Was diese „Empfehlung" zu bedeuten hat, wird klar, wenn man einen neuen Beschluß der Dawes-Luther-Regierung vom 17. Januar betrachtet. Dort wurde der Termin wieder einmal um einen Monat, nämlich bis zum 1. April hinausgeschoben.

Die kommunistische Reichstagsfraktion warnt die Arbeiterschaft, den Versprechungen der Regierung der Großkapitalisten zu vertrauen. Zu oft ist das Proletariat betrogen worden. Und das dauernde Hinausschieben der Wiedereinführung des Achtstundentages beweist eindeutig, daß

das Proletariat nur im Kampfe sich seine Rechte zurückerobern kann.

Die kommunistische Reichstagsfraktion, die parlamentarische Vertretung des klassenbewußten Proletariats, wünscht, in engster Fühlung mit der Arbeiterschaft insbesondere zunächst des Bergbaues zu kommen, um ihre Forderungen genau kennen zu lernen. Sowohl die Frage der Arbeitszeit, wie auch der Löhne usw. muß eingehend beraten werden, damit die Reichstagsfraktion die notwendigen parlamentarischen Schritte unternehmen kann und — was das Entscheidende ist —

die proletarischen Massen so mobilisieren kann, daß der Sieg im Kampf um Arbeitszeit und Lohn errungen werden kann.

In die einzelnen Bergbaugebiete hat die Reichstagsfraktion einzelne Mitglieder entsandt. Für die Verbindung mit den mitteldeutschen Bergarbeitern sind die Genossen Rosenbaum und Strötzel bestimmt.

Unsere erste Maßnahme soll sein, die Betriebsräte des Bergbaues zu einer

Mitteldeutschen Bergarbeiter-Betriebsräte-Konferenz

auf Sonntag, den 1. Februar, vormittags 11 Uhr, nach Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Sitzungssaal der Produktiv-Genossenschaft, zu laden.

Wir ersuchen die Betriebsräte **aller** Gruben, hierzu Stellung zu nehmen und je **einen Delegierten** zu bestimmen, **ohne Rücksicht auf die politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. Die Unkosten trägt die Reichstagsfraktion.**

Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion

Kurt Rosenbaum (Halle) — **Max Strötzel** (Leipzig)

Vor einem militärischen Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland

Eine der ersten Handlungen des Kabinetts der „nationalen Realpolitiker", des Kabinetts Luther-Stresemann-Schiele, eine der ersten Handlungen dieses Kabinetts, das die Phrase vom kommenden Krieg gegen den „Erbfeind" einstmals den deutschen Kleinbürgern und nicht klassenbewußten Proletariern vorzugaukeln versuchte, wird der Abschluß eines Garantie-Paktes, eines militärischen Bündnisses mit eben diesem „Erbfeind", mit Frankreich sein. Die ausländische Presse ist bereits voll hiervor. So schreibt z. B. die „Information" in einem Berliner Telegramm vom 24. Januar:

„Es wird offiziell durch den Reichsminister des Aeußeren (Stresemann) bestätigt, daß der Reichstag einen Garantie-Pakt zwischen Frankreich und Deutschland als eine Frage von äußerster Wichtigkeit betrachtet; der Minister kann keinerlei Einzelheiten geben, da die Kommission des Auswärtigen Amtes außerordentlich geheim arbeitet."

Dieser Garantie-Pakt zwischen Frankreich und Deutschland bedeutet nicht etwa nur ein wirtschaftliches Bündnis, bedeutet nicht nur eine Teilung der Interessen auf den Märkten im Inland, bedeutet nicht einen Zusammenschluß der gesamten Industrie zu einem Einheitsblock. Der Garantie-Pakt bedeutet, und das ist stets das Wichtige bei derartigen Abkommen, den Abschluß eines Defensiv- und selbstverständlicherweise **auch Offensiv-Bündnisses** für einen kommenden Krieg, bedeutet gemeinschaftliche Kriegsrüstungen, gemeinschaftliche Kriegsvorbereitungen.

Bereits schon einmal haben Frankreich und Deutschland sich annähern wollen. Das war unter dem Kabinett Rouvier, bei den scharfen Spannungen, die zwischen Frankreich und England in der Frage Tanger, Marokko, Afrika überhaupt bestanden. Um Deutschland entgegenzukommen, wurde damals Delcassé gestürzt, machte Frankreich dauernd Angebote an Deutschland. Aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden können, hat Deutschland, nachdem es bereits durch seine Politik die englischen Annäherungen abgelehnt hatte, auch die französischen von sich gewiesen und damit seinerzeit **die Grundlage zu dem englisch-französischen Bündnis gegeben.** Heute stehen sich nicht mehr wie damals zwei sich rasch entwickelnde imperialistische Staaten gegenüber, heute hat Deutschland nicht mehr wie damals ein entschiedenes ökonomisches Uebergewicht gegenüber Frankreich. Die Gründe, die die deutschen Imperialisten zu diesem Bündnis treiben, **knüpfen an die Zeit der Ruhrbesetzung an, gerade so wie die Verhandlungen des Kabinetts Luther-Stresemann-Schiele anknüpfen an die Verhandlungen des Kabinetts Cuno vom Januar 1923.** Bereits vor der Ruhrbesetzung hat der ausschlaggebende Teil des deutschen Kapitals, die Montanindustrie, insbesondere die rheinisch-westfälische Montanindustrie, klar erkennt, daß sie völlig konkurrenzunfähig werde, einmal, weil ihr Produktionsapparat technisch zurückgeblieben ist, vor allem, weil sie keine genügend großen nichtkapitalistischen Märkte zur Verfügung habe, wo der den deutschen Arbeitern ausgepreßte Mehrwert kapitalisierte werden kann; gleichzeitig fehlen ihr die Rohstoffquellen.

Daher beginnen Ende 1922 die Versuche der Internationalisierung Deutschlands.

Deutschland als selbständige Wirtschaftseinheit, als selbständige imperialistische Macht **existiert nicht mehr.** Die Frage der Anlehnung an eine andere genügend starke und große imperialistische Macht, die den deutschen Kapitalisten wieder erlaubt, als mächtige Konkurrenten auf dem Weltmarkt aufzutreten, die ihnen genügend große Akkumulationsgebiete und Rohstoffquellen, auch Kapitalsanlage-Sphären sichert, war für die deutschen Montanindustriellen selbstverständlich. Daher ließen sie kurz vor der Ruhrbesetzung durch das Kabinett

Cuno in Paris einen solchen Vertrag vorlegen.

Die Ruhrbesetzung ist zum großen Teil der Kampf der deutschen Schwerkapitalisten um diese Internationalisierung Deutschlands, um dieses Aufgehen in den französischen imperialistischen Staat. Man erinnert sich aus der Zeit, Ende des Ruhrkrieges, daß die deutschen Kapitalisten kurz davor standen,

das gesamte Rhein- und Ruhrgebiet aus dem Verband Deutschlands loszulösen und es mit Frankreich zu verschmelzen.

Das Problem, die Ruhrkohle mit nordfranzösischen Erzen zu vereinigen, sollte auf diese Weise gelöst werden. Gleichzeitig beschleunigte sich die engere Verbindung der Hauptgruppen der deutschen Montankonzerne mit denen der französischen. Dabei wäre dann die Frage der Akkumulationsgebiete zunächst, teilweise wenigstens, gelöst.

Das „nationale" Kabinett Luther setzt diese „Versackungspolitik", diese Internationalisierung folgerichtig fort.

Dieses Aufgehen und Verschmelzen mit dem französischen imperialistischen Staat, das zweifellos die deutschen Kapitalisten in weitere Abhängigkeit von ihren französischen und amerikanischen Konzerngruppen-Partnern bringen wird, ist der letzte Versuch, die ungeheure Krise des Kapitalismus in Deutschland, die sich immer mehr verschärft, zu lösen. **Dieser Garantie-Pakt, dieses Ausliefern mit**

Siegreiche Ortsverwaltungswahlen in Wittenberg und Oberröblingen (See)

Bei den Ortsverwaltungswahlen des Holzarbeiterverbandes Wittenberg wurden drei KPD.-Genossen und zwei SPD.-Leute gewählt. Der Ortsausschuß des ADGB. erhält zwei KPD.-Delegierte.

*

Zu den Ortsverwaltungswahlen des Bergarbeiterverbandes, Zahlstelle Oberröblingen (See) wurden vier KPD.-Genossen und ein Parteiloser gewählt. Der Vorstand wurde gewählt am Sonntag, dem 25. Januar, nach einem Referat des Bezirksleiters Hesse (SPD.). Durch die energische Arbeit unserer Genossen ist es gelungen, die Mitgliederzahlen des Bergarbeiterverbandes bedeutend zu erhöhen. Die Genossen werden sich diesen Erfolg zum Ansporn dienen lassen für weitere noch größere Erfolge, für weiteren noch stärkeren Eintritt in den und Einfluß auf den Bergarbeiterverband.

Die geschlossenen Forderunge[illegible] D[illegible]V. Delitzsch

Delitzsch, 26. Januar.

Die Eisenbahner-Generalversammlung des DEV. nahm nach gründlicher Besprechung ihrer heutigen Lage folgende Entschließung an:

„Die Eisenbahner von Delitzsch unterstreichen ide Forderungen **des Hauptvorstandes bei den Verhandlungen mit dem Generaldirektor Oeser. Die Versammlung fordert mit aller Schärfe eine ausreichende Lohnaufbesserung, starke Verminderung der Staffelung in den Lohntarifen, den starren Achtstundentag und Fortfall jeder Art Teno und Prämien (Schmierzulage). Wir sprechen** die Erwartung aus, daß sich die Verbandsleitung im Verein mit dem ADGB. **mit allem Ernst und allen Mitteln für diese Forderungen einsetzt und sie zur Durchführung bringt."**

Es wurden dann die Kartellentschließungen zur Aussprache gestellt: **1. An das Reichstagspräsidium Amnestie der politischen Gefangenen, und 2. Stärkung der Gewerkschaften durch restlosen Eintritt als einziges Mittel zur Rettung der Arbeiterschaft aus der Verelendung.**

Die Vorstandswahlen brachten die Wiederwahl des alten Vorstandes, **welcher restlos aus KPD.-Leuten besteht. Ebenso die Karteldelegierten.** Statt des Vorsitzenden Simon, welcher durch Parteiarbeit genügend belastet ist, wurde der Genosse Junge gewählt. Unter Verschiedenem wurden Werkstattvorgänge beleuchtet, welche dringend erforderlich machen, **daß sich alle Kollegen restlos** organisieren müssen, wenn anders ihre Lebenshaltung nicht noch tiefer sinken soll. Es gibt keinen andern Weg für den Arbeiter zum Vorwärtskommen.

[illegible]gm[illegible] [illegible]derungen des DMV. für [illegible]tschland

[illegible]attgefundene Bevollmächtigten- und Geschäftsführerkonferenz [illegible] DMV. hat folgende neue **Lohnforderungen aufgestellt: für das Gebiet Magdeburg-Anhalt und Halle: Facharbeiter 65, Angelernte 60 Pf., Ungelernte 50 Pf. in der Spitze.**

*

Diese Lohnforderungen dürfen nicht Forderungen bleiben, sie müssen einmütig mit allen **Mitteln verwirklicht werden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0001

Haut und Haaren an den französischen Imperialismus ist nur die Krönung dieses Bestrebens.

Der Garantie-Pakt wird nach zwei Seiten abgeschlossen. Nach Osten und nach Westen. Sowohl soll Deutschland in einem kriegerischen Konflikt, der Frankreich gegen Rußland führen konnte, Aufmarschgebiet gegen den Osten sein; ebenso soll Deutschland in dem kommenden imperialistischen Krieg zwischen Frankreich und England Partner sein. Die chemische Industrie Deutschlands, die in einem zukünftigen Krieg, der hauptsächlich ein Gas-Krieg sein wird, eine bedeutende Rolle spielt, soll für Frankreich eine Waffenwerkstätte bilden.

Der deutsche Produktionsapparat überhaupt soll in diesem kommenden Kriege die Reserve für die Waffenwerkstätte Frankreichs bilden. Gleichzeitig gewinnt durch diesen Garantie-Pakt der französische Imperialismus einen stärkeren Einfluß auf Deutschland, **wird der französische Imperialismus in der Krise versuchen, zunächst den deutschen Produktionsapparat stillzulegen.**

Für die Arbeiterklasse bedeutet der Versuch dieses Garantie-Paktes einmal die Herabsetzung des französischen Lohnniveaus, der **Lebenshaltung der französischen Arbeiter auf das deutsche Maß**, die Arbeitszeitverlängerung, die Verschärfung der Ausbeutung im Maße der deutschen Arbeiter. Für die deutschen Arbeiter bedeutet es weitere Verschärfung der Auswirkung des Sachverständigen-Gutachtens, weitere Vergrößerung der Gefahr der Arbeitslosigkeit, weitere Verschärfung der Ausbeutung;

er bedeutet vor allem das Hineinbeziehen Deutschlands in die imperialistischen Rüstungen, wozu das Arbeitsdienstpflichtgesetz vor allem helfen wird.

Er bedeutet, daß Deutschland einer der Hauptkriegsschauplätze des kommenden Krieges sein wird. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie sich zum Handlanger dieser teuflischen Wünsche der Montankonzerne macht. In dem oben erwähnten Telegramm der „Information" heißt es:

„Herr Rudolf Breitscheid habe im Auswärtigen Ausschuß verlangt, daß die Regierung Herrn von Hoesch (der deutsche Botschafter in Paris) beauftragt, in der Angelegenheit des Garantie-Paktes einen Schritt bei Herrn Herriot und Herrn de Magerie (französischer Botschafter in Berlin) zu machen."

Selbstverständlich birgt diese Tatsache der Verhandlungen über den Garantiepakt eine außerordentliche Verschärfung der imperialistischen Gegensätze in sich. Die deutschen Kapitalisten werden wieder die Kriegshetzer. Sie hoffen, in diesem Krieg wieder imperialistische Macht zu werden. Nach verschiedenen Berichten ist die Eisenproduktion der einzelnen imperialistischen Länder in der letzten Zeit weit über die Aufnahmefähigkeit der Märkte gestiegen. Es wird daher in den kapitalistischen Kreisen mit einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise in den nächsten Monaten gerechnet. Diese Verschärfung der Krise, die sich bereits schon jetzt in England sehr stark bemerkbar macht, verschärft notwendigerweise wieder die imperialistischen Gegensätze. Der Abschluß des Garantiepaktes, gerade in dieser Zeit, bedeutet, daß einmal sowohl die französischen wie die deutschen Kapitalisten mit der Möglichkeit eines Krieges in den nächsten Jahren rechnen, er bedeutet auf der anderen Seite einen Vorstoß gegen den englischen Imperialismus, eine Vertiefung der Gegensätze. Die Interessen des Proletariats der ganzen Welt verlangen einen engeren Zusammenschluß, eine gemeinschaftliche enge Zusammenarbeit gegen diese Kriegsvorbereitungen, gegen diesen Zusammenschluß, der weitere Verelendung dem Proletariat der ganzen Welt bringt. Er bedeutet Zusammenschluß gegen den imperialistischen Krieg, dessen Ausbruch durch solche Verträge beschleunigt wird. Ihn zu verhindern ist nur möglich in der Führung des Bürgerkrieges gegen den Krieg, die Beseitigung dieser Verträge, die unerhörtes Elend bringen werden, ist nur möglich, wenn nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat die Herrschaft übernimmt, wenn das Proletariat die Wirtschaft leitet.

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der Kampf gegen diese Verträge muß geführt werden, und kann nur geführt werden als Kampf um die Herrschaft des Proletariats.

Die Kommunisten fordern die Auflösung des Preußischen Landtags

Aus der Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion zur preußischen Regierungskrise

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. Januar.

Die Sicherstellung der Existenz der deutschen Arbeiterklasse erfordert den Kampf um ausreichende Löhne, um die Rückeroberung des Achtstundentages und Befreiung von allen Steuerlasten. Voraussetzung dafür ist die Eroberung und Behauptung der politischen Macht. Darum ergibt sich auch aus der preußischen Regierungskrise für die Kommunisten die Aufgabe, in den Betrieben und in den Gewerkschaften die einheitliche Kampffront des Proletariats herzustellen, die Massen auf den Machtkampf vorzubereiten und sie zur Entscheidung und zum Siege, zur Diktatur des Proletariats zu führen. Um den werktätigen Massen dieses Ziel mit aller Eindringlichkeit vor Augen zu führen, um sie dahin zu bringen, daß auch sie den Machtkampf als entscheidende Lösung erkennen, fordern die Kommunisten die Auflösung des Landtags.

SPD.-Proleten für Amnestie und Gewerkschaftseinheit

Grünberg (Schlesien), 26. Januar.

Die Generalversammlung des DMV. (SPD.-Mehrheit) nahm einstimmig zwei Resolutionen an, deren eine die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen und die andere die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit fordert.

Ein Fußtritt für die Luther-Regierung

Diu neue Note zur Nichträumung der Kölner Zone

Berlin, 27. Januar.

Gestern abend wurde dem Reichskanzler eine neue Note zur Nichträumung der Kölner Zone überreicht, die folgenden Wortlaut hat:

„Die alliierten Regierungen haben von der von Herrn Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichtete Note Kenntnis genommen, worin die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages von Versailles über die Besetzung des als „Kölner Zone" bezeichneten Teiles der von alliierten Truppen besetzten Rheinlandgebiete bezog. **Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten oder sich auf Behauptungen einzulassen, die sie in keinerlei Weise anerkennen können.** Wie sie in Ihrer Kollektivnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt machen.

Jetzt müssen Sie indes die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verkennen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgesetzt und haben eine Abkürzung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt. Da gewisse Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können sich die Alliierten nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen instand zu setzen, in dem Besetzungsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milderung eintreten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels aufs genaueste zu erfüllen."

Bekanntlich hat auf die Nichträumung der Kölner Zone die deutsche Regierung kurz nach Neujahr eine zaghafte Note an die alliierten Regierungen gerichtet, die sich darüber beschwerte, daß die Note der Alliierten, die die Nichträumung der Kölner Zone begründen sollte, nicht detailliert genug gewesen sei. Die deutsche Regierung hatte gefordert, man möge ihr Einzelheiten mitteilen, zu denen sie dann Stellung zu nehmen vermöge.

Die Antwortnote nun besagt genau dasselbe wie die vorhergehende. Man hat der deutschen Regierung bislang kein detailliertes Material der Kontrollkommission zukommen lassen, und man scheint es nicht zu wollen.

Diese Note ist ein erneuter Beweis für die vollkommene Ohnmacht der deutschen Regierung gegenüber den Alliierten. Die Alliierten nehmen sich nicht einmal die Mühe, die Nichträumung der Kölner Zone mit dem genauen Material der Kontrollkommission zu begründen, sondern bleiben bei ihren unbestimmten und unpräzisen Behauptungen.

Diese neue Note zeigt auf das deutlichste, daß die Bestimmungen der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages nur als Vorwand benutzt werden, um die Kölner Zone nicht zu räumen. Die deutsche Regierung wird es auch noch oft zu spüren bekommen, daß sie nichts anderes ist als die Verwaltung einer Kolonie, mit der die mächtigen Imperialisten der Gegenseite machen was sie wollen, was zurzeit gerade in ihren Kram paßt.

Das schwarzweißrote Luther-Kabinett wird genau so winseln und die gleichen demütigen, aber immer durch die Entente negativ beantworteten Noten schreiben, wie die ehemaligen schwarzrotgoldenen Regierungen auch.

Deutschland wird solange eine Kolonie des Entente-Imperialismus bleiben, möge sie schwarzweißrote oder schwarzrotgoldenen Anstrich haben, ehe nicht die Arbeiter in Deutschland das Heft in die Hände genommen haben und sich durch einen Anschluß an Rußland aus der imperialistischen Verstrickung loszulösen beginnen. Erst dieser entscheidende Schritt des deutschen Proletariats wird aus der Aera der nationalen und sozialen Versklavung die Aera der nationalen und sozialen Befreiung ermöglichen.

7000 politische Gefangene?

Der „Vorwärts" und sein Ableger auf dem Harz brachten vor kurzem die Mitteilung, daß die Kommunisten das Proletariat beschwindelt hätten, in dem sie die Zahl der politischen Inhaftierten mit zehn zu multiplizieren beliebten. Die Sozialfanaille glaubte, mit diesem „Triumph" ihr schamloses Verhalten in der Amnestiefrage verdecken zu können.

Wenn der „Vorwärts" und sein „Volksblatt"-Ableger höhnisch darauf hinweisen, daß in Preußen nur 500 politische Inhaftierte im Gefängnis säßen, laut dem Bericht des Justizausschusses des Preußischen Landtages, so muß man zuerst sagen, daß Preußen nicht das Reich ist. In Hamburg, Württemberg, Bayern, sitzen bekanntlich auch eine Reihe von politischen Gefangenen.

Das wichtigste aber ist die Tatsache, daß die Klassenjustiz mit allen Mitteln versucht, das Politische ins Kriminelle hinüberzuziehen. Wenn z. B. Zusammenstöße zwischen Faszisten und Kommunisten vor Gericht gebracht werden, so werden die betreffenden Kommunisten nicht als politische Gefangene registriert. Man könnte eine ganze Reihe von Fällen aufzählen, Sprengstoffvergehen usw., um dem Beweis anzutreten, wie die Klassenjustiz versucht, politische Angelegenheiten auf das kriminelle Gebiet abzuschieben.

7000 politische Gefangene, diese Zahl ist eine sehr vorsichtige Schätzung, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Sie schließt allerdings alle jene Opfer der Klassenjustiz ein, deren Taten man vom Politischen ins Kriminelle abzuschieben gewußt hat.

Die Gärung innerhalb der Arbeiterklasse nach Freilassung der 7000 politischen Gefangenen wächst unaufhörlich. Diese Gärung läßt sich nicht beschwichtigen durch sozialdemokratischen Hohn, der auf Kosten einer der perfidensten Schachzüge der deutschen Klassenjustiz, nämlich der Verschiebung und Verwischung zwischen kriminellen und politischen Vergehen gewonnen wurde.

Wenn die Sozialdemokratie nach der für sie ungünstigen Abstimmung im Preußenparlament selbst ihren eigenen schmächtichen Amnestieantrag sabotiert, wenn der Sozialdemokrat, der Barmat-Sozialist Heumann in kochender Wut zu den Kommunisten ruft: „Das ist die Quittung für Eure Abstimmung", so weiß die Arbeiterschaft genau, was sie heute zu tun hat.

Stärker und ungestümer als je ihre Stimmen aus den Betrieben zu erheben und mit außerparlamentarischem Druck ihren Ruf zu verwirklichen:

Heraus mit den 7000 politischen Gefangenen!

Sozialdemokratische Lügenfabrikation entlarvt

Erklärung des Genossen Ernst Graul

Verschiedene sozialdemokratische Blätter veröffentlichten unter der Ueberschrift **„Korruption in der KPD."** einen Artikel, in welchem gefälschtes Material, das angeblich von dem Genossen **Ernst Graul** stammte, der früher Bezirkssekretär in Essen war, zum Beweis von völlig erfundenen Korruptionsfällen in der KPD. gebracht wurde. Das **„Volksblatt"** hatte am Sonnabend unter der Ueberschrift **„Edelkommunisten"** dasselbe Material verwendet. Wir gingen schon gestern kurz darauf ein und berichteten, daß wir heute den Brief des Genossen Graul zu diesen vollkommen erlogenen Verleumdungen der SPD. bringen würden.

Genosse Graul gab dazu folgende Erklärung ab:

„Ich erkläre hiermit, daß der ganze Artikel der sozialdemokratischen Lügenzeitung vom Anfang bis zum Ende erlogen und erfunden ist. Ich erkläre, daß ich niemals an irgendeine Parteiinstitution oder Kommission ein derartiges Schreiben gerichtet habe. Damit die sozialdemokratische Lügenpresse nicht die Möglichkeit hat,

die Nichtexistenz der angegebenen Dokumente zuzugeben, aber weiter zu behaupten, daß ihr Material richtig ist,

erkläre ich hiermit zu dem Inhalt dieses Briefes: Niemals habe ich bei der Bezirksleitung der KPD. Ruhrgebiet oder von einer anderen Stelle eine Beschwerde in persönlichen Fragen gegen Genossen Schütz und König erhoben. Niemals haben mit auch Mitglieder der Bezirksleitung den Ausschluß aus der Partei angedroht. Da ich im Oktober 1923 aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurde und bis September 1924 ausgewiesen blieb, habe ich überhaupt nicht mit dem Genossen Eichler oder dem Genossen Kollwitz in einem Bezirk zusammen gearbeitet.

Der gesamte Artikel, der Brief und die angebliche Denkschrift sind gefälscht, wie die SPD. in hundert anderen Fällen mit den gemeinsten Fälschungen gegen die KPD. gearbeitet hat.

Da anzunehmen ist, daß die gesamte sozialdemokratische oder bürgerliche Presse diesen Schwindelartikel abdrucken werden,

erkläre ich diesen sozialdemokratischen oder bürgerlichen Redakteur, der jetzt nach meiner Erklärung diese Schwindeldokumente veröffentlicht, als einen gemeinen Lumpen und Ehrabschneider.

Die politischen Beweggründe der Barmat-Sozialisten, deren Korruption allen Arbeitern bekannt ist, liegen klar auf der Hand. gez.: Ernst Graul.

Wir sind gespannt darauf, was nun das „Volksblättchen" stammeln wird. Wahrscheinlich wird es aber auch nicht mehr stammeln, sondern — schweigen.

Jacques Offenbach

Hallischer Jahrgang 1925

Im „Orpheus in der Unterwelt" wollte Jacques Offenbach mit dem fürstlichen Absolutismus abrechnen. Er kleidete darum seine „klassische Operette" in das Gewand der Antike und ließ den griechischen Olymp mit Witz und Lächerlichkeit aufstehen. Er war, um 1848, einer der wenigen revolutionären Bürger, die es in Deutschland gab.

Wenn das hallische Stadttheater diese klassische Operette aufführt, wird's eine Lokalposse. Es versucht, die „Oeffentliche Meinung", die im Stück eine bedeutsame Rolle spielt, mit recht viel Würde zu umgeben; aber ganz läßt sich der Offenbachsche Geist nicht verleugnen, und so sieht man als „Oeffentliche Meinung" eine Gestalt agieren, die aufs Haar die „Hallischen Nachrichten" symbolisiert. Sie geht in fleckenloser weißer Seide, ist sehr gebildet und gut genährt von allen Dingen.

Es scheint, man sollte die öffentliche Meinung der heutigen Gesellschaftsordnung als Hure darstellen, wenn das nicht eine Beleidigung für diese Mädchen wäre, die aus materieller Not gezwungen sind, sich dem Bourgeois zu verkaufen. Olf.

Neue Arbeiter-Literatur

Das Bülletin der „Roten Hilfe",

herausgegeben vom Exekutivkomitee der Internationalen „Roten Hilfe", ist jetzt im 2. Jahrgang erschienen. Die deutsche Ausgabe hat sich gut eingeführt und ist schon zum unentbehrlichen Organ der „Roten-Hilfe"-Arbeit geworden. Die Nr. 1 des neuen Jahrgangs (12 Seiten) bringt reichhaltiges Material mit guten Illustrationen.

Der Leitartikel würdigt politisch die Freilassung der Niederschönenfelder und forderte volle Amnestie. Ein Aufsatz „Barbareien in deutschen Kerkern" schildert die Schikanen der Gefängnisärzte an den politischen Gefangenen. Aus den Balkanstaaten sind Schilderungen des grausamen Terrors gegen die Arbeiter und Bauern mit Photographien enthalten. In einem weiteren Aufsatz wird Stellung zum Verbot der „Roten Hilfe" in Oesterreich genommen, das praktisch zur Aufhebung des Asylrechts führt hat, und endlich wird die Unterdrückung der ägyptischen Volksmassen durch den Imperialismus in Wort und Bild geschildert.

Ein wesentlicher Bestandteil des „Rote-Hilfe"-Bulletins sind die Berichte aus der Arbeit der Sektionen. Darin wird über eine Reichskonferenz der „Roten-Hilfe"-Arbeiter und über das Ergebnis der Winterhilfe für die politischen Gefangenen und ihre Familien berichtet, die ein glänzendes Zeugnis proletarischer Solidarität geben. Den Schluß bilden Berichte aus der Sowjetunion, Georgien, England, Frankreich und Oesterreich. Jedermann kann sich durch das Bulletin über den Stand der „Roten-Hilfe"-Arbeit und die Aufgaben der Internationalen „Roten Hilfe" unterrichten. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen und Ortskomitees der „Roten Hilfe" entgegen. Einzelabonnements 1.20 Mk. jährlich durch Otto Gäbel, Berlin C, Landtag, Prinz-Albrecht-Straße 5, unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages an Postscheckkonto Berlin 1407 80, Gustav Menzel, M. d. L.

*

„Jugend-Internationale" Heft 5.

Aus dem Inhalt: R. Lerouge: Der Kampf um die Einheit der Gewerkschaften und die KJ. — Young: Aegypten unter der Herrschaft von Blut und Eisen. — Trotzkismus oder Leninismus. Stalin: Der Oktober und die Theorie der permanenten Revolution. — Aus Lenins Nachlaß: 2 Aufsätze über die russische Revolution 1905. Revolutionstage. Die revolutionäre Armee und die revolutionäre Regierung. — Conrad: Rosa Luxemburgs Bedeutung für die kommunistische Bewegung Deutschlands. — S. Bamatter: Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend. — Mujo: Die Liebknecht-Lenin-Woche und die nächsten organisatorischen Aufgaben der KJV. — Aus der Jugendinternationale. — Aus der Praxis. — Material für den aktiven Verbandsarbeiter. Einzelheft 25 Pf.

*

Lenin-Heft der Fraueninternationale

In den nächsten Tagen erscheint das erste Heft der nach längerer Pause wiedererscheinenden „Kommunistischen Fraueninternationale". Es wird als Lenin-Heft herausgegeben und hat besonders für unsere Parteifunktionäre und -funktionärinnen einen großen bleibenden Wert. Wir machen alle Parteiorganisationen darauf aufmerksam und empfehlen die weiteste Verbreitung. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Einführungsmaterial, Artikel der Genossin Krupskaja, Artikel und Reden von Lenin: a) Die Sowjetmacht und die Stellung der Frau, b) Rede Lenins auf der Konferenz der Moskauer Arbeiterinnen, c) Zum internationalen Frauentag, Aussprüche von Lenin über die Frauenfrage. Genossin Krupskaja an Lenins Bahre. Briefe und Aussprüche von Proletarierinnen und Bäuerinnen über Lenin. Gedicht der Feuilleton.

*

„Das Proletarische Kind" Heft 1, 5. Jahrgang (1925)

Aus dem Inhalt: Pekka Paasonen: Der Kampf gegen die gegnerischen Kinderorganisationen. — Sigi: „Neutrale" Elternorganisationen? — S. Bamatter: Die Mitglieder der KKG. zukünftige Mitglieder des KJV. — Die Reorganisation der KKG. — Zur Diskussion: Rote Boycotts oder nur KKG.? — Aus Sowjet-Rußland. — Aus der Internationale. — Notizen. — Bücherschau. — Einzelheft 25 Pf.

Beide Zeitschriften sind zu beziehen durch alle Zeitungsobleute der Partei und Jugend, oder direkt vom Verlag, oder durch unsere Buchhandlung.

* **Stadttheater.** Montag 7½ Uhr: „Ein Volksfeind". Dienstag 7½ Uhr drei Einakter: „Eine Abrechnung", „Schlachtenlenker", „Die Lore". Mittwoch zum ersten Male in Halle Rehfisch's: „Wer weint um Juckenack". Donnerstag 7½ Uhr: „Zar und Zimmermann". Freitag erste Wiederholung von „Orpheus in der Unterwelt", Sonnabend: „1001 Nacht". Sonntag nachmittag 3 Uhr: „Peterchens Mondfahrt". — Die Oper bringt als nächste Neueinstudierung Marschners „Hans Heiling" und Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen". Das Schauspiel bringt als nächste Neueinstudierung Schmidtbonns „Der verlorene Sohn".

* **Volksbühne.** Das 2. Sinfoniekonzert des Stadttheaterorchesters unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band findet am Montag, dem 9. Februar, abends 8 Uhr, im Thaliatheater statt. Mitwirkende: Konzertmeister Versteeg und Bohnhardt (Violine). Folge: Römischer Karneval von Hektor Berlioz; Konzert in D-Moll für zwei Violinen und Orchester (Erstaufführung) von Hermann Zilcher; Sinfonie III (Schottische) von F. Mendelssohn-Bartholdy. Der Preis für die drei Konzerte am 9. Februar, 19. März und 20. April zusammen beträgt 4 Mk. und kann in zwei Raten zu je 2 Mk. entrichtet werden. Anmeldungen werden umgehend in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, erbeten. — Der Maskenwagen der Holtorftruppe gibt als Gastspiel im Thaliatheater am Mittwoch, den 11. Februar: Shakespeare, Der Widerspenstigen Zähmung und am Donnerstag, den 12. Februar: Shakespeare, Die Komödie der Irrungen. Karten ab Montag zu je 1 Mk. und 2 Mk. in der Geschäftsstelle. — Die nächsten Filmabende finden am Mittwoch, dem 4. Februar, und Donnerstag, dem 5. Februar, im Thaliatheater (Beginn um 8 Uhr abends) statt. Zur Vorführung gelangt: Das Lied von der glutroten Blume, anschließend: Holzflößerei auf der oberen Saale. Karten zu 60 Pf. ab Montag in der Geschäftsstelle. Spieltage: Sonnabend, den 24. Januar Schwanenweiß. (Theatergemeinde G.) Montag, den 26. Januar: Volksfeind (L.), Mittwoch, den 28. Januar: Wer weint um Juckenack? (A.) — Die Mitglieder, die noch nicht eingelöst haben, werden gebeten, ihre Beitragsmarken umgehend nachzulösen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0002

Die Entwicklung in Frankreich

Von B. J. (Paris)

Die Voraussage des V. Kongresses der Komintern, daß das Schwergewicht der revolutionären Entwicklung sich von Zentraleuropa auf die westlichen Demokratien verlegen werde, ist in unerwartetem Umfang eingetroffen. Für England ist das eine allgemein bekannte Tatsache. Macdonalds Glück und Ende, die bedeutungsvollen Vorgänge in der Trade Unions und der Labour Party sprechen eine deutliche Sprache.

Aber auch Frankreichs letzte Entwicklung bestätigt voll und ganz, ja vielleicht noch klarer die genannte These.

Drei Gruppen von Ereignissen kennzeichnen die Lage: 1. Eine schleichende **wirtschaftliche und finanzielle Krise**, die tiefe **soziale Umgruppierungen** zur Folge hat; 2. eine politische Krise, die immer eindeutiger auf den Uebergang zum **Faszismus** hindrängt; 3. ein plötzlicher **revolutionärer Aufschwung der Arbeiterbewegung**, der seinen stärksten Ausdruck in der vollkommenen **Verwandlung der Kommunistischen Partei** in eine wahre revolutionäre Arbeiterpartei findet.

Wir **müssen** gestehen, daß wir betreffs des Charakters der wirtschaftlichen Krise noch fast ganz im Dunkeln tappen. Die Wirkungen des Dawes-Planes auf Frankreich sind mehr vorauszusehen als bereits tatsächlich bemerkbar. Das große Defizit im Etat 1924/25, das der Finanzminister Clémentel durch eine plumpe Bilanzschiebung — Kapitalisierung der Einnahme- und Ausgabeposten (!) — und Erfassung der **exakten** Zahl der politischen Auslandsschuld durch „Memoire" (!!) — zu verschleiern suchte, läßt ebenfalls erneute Komplikationen voraussehen. Die übergroße Empfindlichkeit der Börse, die auf im Grunde belanglose innenpolitische Vorgänge mit starken Kursschwankungen reagierte; die ständig sinkende Kaufkraft des Geldes auf dem inneren Markte (Teuerung); kleine lokale Krisen in einzelnen Industrien (Automobil-, Textilindustrie), alles das sind Zeichen einer schleichenden Krise, die aber selbst noch nicht deutlich erscheint.

Dafür jedoch, daß sie bereits erstritt ist, sprechen die **sozialen Umgruppierungen**. Die Großbourgeoisie drängt immer entschiedener auf einen Systemwechsel hin; die alten Formen sichern nicht mehr ihren Profit, erlauben ihr nicht, sich aus der Krise zu befreien. Das Band, das die Kleinbourgeoisie bisher so fest an die herrschende Klasse gebunden hatte, lockert sich immer mehr. Die Masse der Linksblockwähler ist in Zersetzung. Die roten Frontkämpfer-Vereinigungen, die links gerichteten Ingenieurgewerkschaften haben ungewohnten Zustrom. Eine Bewegung der Beamten folgt auf die andere. Am gestrigen aber sind die Veränderungen in der **Bauernschaft**. In vielen südlichen Bezirken war das Gros der kommunistischen Wähler von Bauern gestellt (während es in denselben Gegenden vorgekommen ist, daß die Arbeiter der CGTU. für den Linksblock gestimmt haben!).

Von einer Agrarkrise im üblichen Sinne kann man nicht reden, aber der Bauer kann bald nicht mehr leben. Ein Beispiel: Der Bauer hat kein Mehl mehr! Die kleinen Mühlen sind verschwunden. Er verkauft sein Getreide an den Aufkäufer, der es an die zwei Mehltruste liefert. Der Bauer kauft sein Brot beim Bäcker, der ein neuer Faktor im Dorfe geworden ist. Und das Geld reicht nicht, um das nötige Brot zu kaufen. Der Einfluß der Kommunistischen Partei im Dorfe ist im schnellen Wachsen begriffen. Die von der KPD. geschaffenen „Syndikate der Arbeiter und Bauern" nehmen ständig zu. Der Rat der Arbeiter und Bauern, der diese und ähnliche rote Bauernorganisationen zusammenfaßt, wird nächster Tage endgültig gegründet.

Angesichts dieser Umwälzung auf dem Lande ist man versucht, die **Wurzel der Krise der gesamten Wirtschaft auf dem Lande** zu suchen. Eine genauere Untersuchung wird diesen überaus wichtigen Punkt außerhalb müssen.

Die politische Arena ist beherrscht durch die **Entwicklung des Faszismus**. Die Wurzeln einer solchen Entwicklung liegen deutlich zutage. Die Großbourgeoisie Frankreichs bedarf einer neuen Verschärfung ihrer Taktik im Inneren des Landes (verschärfte Ausbeutung, um der herannahenden offenen Krise die Spitze bieten zu können) und nach außen (um die Gebiete wieder zu erobern, die in den letzten Monaten der Linksblockregierung verlorengegangen sind, besonders, was die Hegemonie in Mittel- und Südosteuropa betrifft, wo England den französischen Einfluß mit Erfolg auszuschalten begonnen hat).

Diese verschärfte Taktik verlangt einen Systemwechsel. Mit dem Linksblock, wie er heute ist, kann die Großbourgeoisie für diese neuen Ziele nichts anfangen. **Aber in Frankreich kann niemand gegen die Kleinbourgeoisie oder ohne sie regieren.** Der Linksblock war eine Konzession an das mißvergnügte Kleinbürgertum (den reformistisch verseuchten Teil des Proletariats immer miteinbegriffen). Das neue Regime muß ebenfalls mit dem Kleinbürgertum rechnen. Der **Faszismus** preist sich als Lösung an. Er ist bereit, die Gewaltpolitik nach innen und außen zu realisieren, indem er das Kleinbürgertum, statt um seine pazifistisch-demokratischen Führer, um seinen **aktiven, kampfbereiten** Flügel gruppiert, die alten Offiziere, Studenten usw. Die tiefe Mißstimmung, die in den kleinbürgerlichen Massen gegen die betrügerischen, pazifistisch-demokratischen Führer Platz gegriffen hat, ist geeignet, dieses Manöver zu erleichtern.

Alle **Vorbedingungen zur Entwicklung des Faszismus sind gegeben:** das Bedürfnis der herrschenden Klasse, zu einer neuen gewaltsamen Politik überzugehen; die Mißstimmung der kleinbürgerlichen Massen gegen das herrschende System; faszistische Kaders unter der Führung ehemaliger Sozialisten (Liga Millerand) und Generale (Castelnau).

Aber nicht nur die Vorbedingungen — **der Faszismus selbst ist bereits auf dem Plan.**

Eine kurze **Chronik**: Die Zeit nach den Wahlen ist gekennzeichnet durch einen Verzicht des **Linksblocks** auf ein Programm noch dem anderen, die wachsende Teuerung (das Brot steigt von 1,25 auf 1,50 Franken pro Kilogramm) und die **Verankerung und Erstarkung der Kommunistischen Partei in den Industriegebieten.** Am 9. November veranstaltet die KP. eine Riesendemonstration im „Lunapart". Eine Massenmanifestation zu Ehren der Internationale hatte im September den erstaunten Parisern zum ersten Male eine fest organisierte Masse, drei Hunderttausenden in roten Hemden an der Spitze, gezeigt.

Die Reaktionäre schreien Alarm. Sie schreiten zur Gründung patriotischer Verbände, die wir heute als die **Kaders der faszistischen Organisation** ansprechen können: **Liga und Association der „Action française"** (patriotisch-monarchistisch*), die **Liga der Patrioten** (patriotisch-katholisch; General Castelnau**), **Liga der nationalen Republikaner** (Millerand).

Der **Linksblock** versucht, den Strom der Massen in das Bett seiner Politik zu leiten. Er gestaltet die **Ueberführung der Leiche Jaurès ins Pantheon** zu einer Massenfeier aus. Aber das Experiment richtet sich gegen ihn: die Manifestation führt einige Tausende biederer Bürger hinter die Fähnchen des offiziellen Festzuges, während über **hunderttausend Arbeiter und Kleinbürger** unter dem roten Banner und mit den revolutionären Losungen der KPD. demonstrieren.

Am anderen Tage — 24. November — setzt eine wüste Hetze der gesamten bürgerlichen Presse gegen die Kommunisten ein. Nur die französische Presse ist einer so formidablen Schmutzkampagne fähig! Die Linksblockpresse bleibt zunächst still. Dann muß sie selber an der Hetze teilnehmen. Sie veröffentlicht gefälschte Dokumente über die KP. Mehr noch. Die Linksblockregierung sieht sich gezwungen, zu handeln. Sonst muß sie fürchten, sich vor den aufgehetzten Spießern zu kompromittieren. Außerdem kommt Chamberlain zu Besuch; auch er muß eine kleine Demonstration der „starken" Hände sehen.) **Herriot handelt.** Aber nicht gegen die Faszisten — gegen die Kommunisten. Am 6. Dezember veranstaltet er die famose Aushebung der **Schule von Bobigny**, der zentralen leninistischen Bildungsschule der KP. Außerdem beginnt eine Aera **der Ausweisungen ausländischer Mitglieder** der Gewerkschafts- und Parteibewegung.

Die **Faszisten** setzen ihre Hetzkampagne verstärkt fort. Jeden Tag werden „Dokumente" veröffentlicht. Der kommunistische Putsch wird für den 14., den 18., bestimmt den 24. Dezember angekündigt: Der Erfolg: die Börse schwankt. Die Fremden fangen an, abzureisen, Kapitalisten führen ihr Kapital aus dem Lande (Ende Dezember 1924, Anfang Januar 1925).

Da greift der **Linksblock** aufs neue ein: es scheint, daß die Gelegenheit günstig ist, den **Faszismus zu kompromittieren**: er verhängt die Verfolgung einer Zeitung („Liberté"), die falsche Dokumente über einen kommunistischen Putsch in Amiens veröffentlicht hat. Er denunziert den Faszismus, daß er den Kredit des Landes erschüttere.

Am anderen Tage: die Faszisten blasen Retraite: „Der Kommunismus einstweilen geschlagen". Herriot aber bietet sich selber als Ausführer des kalten Faszismus an. Er unterstützt England in seiner Kölner Affaire, er warnt Rußland, nicht mit der 3. Internationale zu spielen, er weist weiter Italiener, Spanier, Polen aus.

An diesem Punkt ist die Entwicklung des Wettlaufens zwischen dem offenen Faszismus (Ligen) und dem „kalten Faszismus" (Herriot) angelangt. Die Entwicklung der Ligen ist in Stagnation geraten. Die Gründe sind:

1. Ein grober Fehler, begangen bei dem großen Streik von **Douarnenez**, wo die Faszisten ihre **Pistolen** in einem Moment haben losgehen lassen, da die ganze „öffentliche Meinung" gegen sie sein mußte.

2. Die scharfe **Konkurrenz**, die **Herriot** selbst dem Faszismus machen kann (und die Bourgeoisie zieht, wenn sie es haben kann, den „kalten" Faszismus in der Art von Seeckt, Ebert und „Schwarz-Rot-Gold" dem heißen Faszismus der Rossi und Farinacci vor).

3. Der erfolgreiche Massenwiderstand des **Proletariats**.

Ueber die großen **Massenaufgebote der Pariser Arbeiter**, die einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung des Faszismus in Frankreich genommen haben, wurde schon berichtet. Sie haben in der **„Woche für die Gewerkschaftseinheit"** (15. bis 21. Dezember), die ganz auf den Kampf gegen den **Faszismus** eingestellt war, eine würdige Fortsetzung gefunden.

Der Faszismus hat vom ersten Augenblicke an das **Proletariat auf dem Posten** gefunden. Es ist ihm nicht gelungen, wie in Italien, in einem einzigen Ansturm die Gefolgschaft der Massen des Kleinbürgertums zu gewinnen. Der Pariser Spießer hat bisher leichte Mahl gehabt: er hat kümmerliche Manifestationen und zahlreiche Bankette der Faszisten gesehen und gewaltige wohlorganisierte, kampfgestimmte Demonstrationen der Arbeiter, mit den Kommunisten an der Spitze. Er hat sich **nicht** für die Generale und Fradwesten der Ligen entschieden. Die Arbeiter scheinen ihm noch die Stärkeren.

Aber wir sind erst am Anfang der neuen Entwicklung. Die Kommunistische Partei hat noch ungeheure Aufgaben vor sich, in Paris sowohl wie vor allem in der Provinz.

*) Die royalistische Action française erklärt in einem Aufruf: Tretet ein, wenn Ihr monarchistisch denkt, in die „Liga", wenn Ihr Republikaner seid, in die „Association" der Action française.

**) Die katholische Welt ist zurzeit sehr in Aufregung über die antikleriale Politik des Linksblocks.

---

6 Millionen kleine Bauernwirtschaften in Rußland werden von allen Steuern befreit

Moskau, 26. Januar.

Im Volkskommissariat für Finanzen wird ein neuer Gesetzentwurf bearbeitet, der eine Ermäßigung der landwirtschaftlichen Steuern vorsieht und die Kleinbauern gänzlich von Steuern befreit. Durch die vorgesehene Neuregelung werden über 6 Millionen Bauernwirtschaften, d. h. über ein Viertel aller Bauernwirtschaften in der Union der SSR. von Steuern befreit.

Eröffnung der Konferenz über gewerkschaftliche Einheit in England

Am 25. Januar wurde in Baiterfea die Konferenz der englischen Gewerkschaftsminderheit, deren Gegenstand die Fragen der internationalen gewerkschaftlichen Einheit bilden, eröffnet. An der Konferenz nahmen **annähernd 600 Delegierte teil.** Die reaktionären Gewerkschaftsführer üben den größten Druck auf die mit der gewerkschaftlichen Minderheitsbewegung sympathisierenden Gewerkschaftssekretäre aus, um sie **von der Teilnahme an der Konferenz abzuhalten.** Sie haben alle Mittel der Drohung angewandt, um z. B. den Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, **Cook**, von der Annahme des Vorsitzenden abzuhalten. Tatsächlich wird **Cook an der Konferenz persönlich nicht teilnehmen, doch wird seine Eröffnungsrede auf der Konferenz vorgelesen.** Durch alle diese Machenschaften konnte die Gewerkschafsbureaukratie doch nicht verhindern, **daß mehr als 500 Sektionen der britischen Gewerkschaften auf dem Kongreß vertreten sein werden.**

Frank Hodges als erster Sekretär des Bergarbeiter-Verbandes in Hannover vorgeschlagen

London, 26. Januar.

Laut „Daily News" wird erwartet, daß der vormalige Sekretär des britischen Bergarbeiterverbandes, Frank Hodges, nächste Woche in Hannover zum ersten besoldeten Sekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes vorgeschlagen werden wird.

Die kriegslüsternen Antibolschewisten protestieren

Bukarest, 26. Januar.

Südslawien, Bulgarien und Rumänien haben gemeinsam durch die rumänische Regierung bei der französischen Regierung wegen der Ueberlassung der Wrangel-Flotte an Sowjet-Rußland Protest erhoben.

Letzte Nachrichten

Die Zimmerer in Düsseldorf wählen Kommunisten

Düsseldorf, 26. Januar.

Bei den Wahlen im Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Düsseldorf, trugen die Kommunisten einen vollkommenen Sieg davon.

Der „Rote Tag" sticht den „Deutschen Tag" in Pirna aus

(Eig. Drahtm.) **Pirna, 27. Januar.**

In Pirna war am Sonntag ein Deutscher Tag angesetzt. Der Kundgebung der Faszisten hatte unsere Partei einen Roten Tag entgegengesetzt. Massenversammlung der KPD., anschließend Demonstrationszug, dem sich immer mehr Teilnehmer anschlossen. Die Straßen gehörten der kommunistischen Arbeiterschaft. Es kam zu Zusammenstößen mit Stahlhelm und Wehrwolf. Die Kommunisten, obwohl sie in der Minderheit waren, schlugen sich tapfer. Auf Seite der Arbeiter hatte man 17 Verwundete und auf Seite der Schwarz-Weiß-Roten 35, darunter einige Schwerverletzte.

Produktionssabotage

(Eig. Drahtm.) **Wiesbaden, 27. Januar.**

Die Möbelfabrik Bams hat seit Mitte voriger Woche ihren Betrieb geschlossen, weil erstens die Arbeiter keine Akkordarbeit leisten wollen und zweitens die Unternehmer einen Druck auf die Regierung ausüben wollen, damit ihnen eine Steuer in Höhe von 60 000 Mark gestundet oder eventl. auch aufgehoben wird.

Meß-Mend

8 Roman von **Jim Dollar**

Aber keine hegte für sie eine gleich verliebte Ekstase, eine solche Verehrung, als die Tochter des Senators Rotehnte, die angeelassene Grace. Augenblicklich sitzt Grace mit ihrer Lehrerin, Miß Orton, im Musikzimmer und versucht emsig, die vierzehnte Sonate Beethovens herunterzuhämmern. Sie ist zwanzig Jahre alt, trägt das Haar aufgelockt wie ein Knabe, sommersprossig, mit einem etwas großen, aber lieben Mund. Das ganze Mädchen ist beweglich wie eine Eidechse. Man kann sie nicht hübsch nennen, aber man fühlt sich in ihrer Nähe wohl. Grace schlägt einen falschen Akkord an, und Miß Orton schreit nervös auf. Grace springt auf sie zu, umarmt sie stürmisch und ruft:

„Miß Orton, Teure, das geht über meine Kraft! Heute habe ich die Maske vor einem Blumenladen gesehen. Ach, wenn Sie wüßten, welch entzückend kleinen Fuß sie hat! Ich habe eine Dummheit begangen, ich sagte sie am Kleid und machte ihr eine Liebeserklärung."

„Und dann?" fragte die Lehrerin lächelnd. Sie ist eine glatt frisierte, hinkende, junge Dame in einem bescheidenen und ausnehmend unkleidsamen Kostüm. Ihre Stimme übrigens klingt sehr musikalisch und erinnert an eine tiefe Flöte.

„Ach, Miß Orton! Das ist es ja, daß gerade in diesem Augenblick dieser ekelhafte Aite, der Pankier Westinghaus, wie vom Himmel gefallen dastand und zu mir sagte: „Miß Rotehnte, ich habe die Ehre, Sie in das Geschäft zu begleiten", und noch bevor ich mich fassen konnte, hatte er mich in den Laden geführt. Die Maske stieg in den Wagen und verschwand."

„Aber Grace, das war sehr unvorsichtig von Ihnen, vergessen Sie nicht, daß Sie die Tochter eines Senators sind."

„Es ist sehr notwendig, daß Sie mich daran erinnern, Miß Orton. Ich erkläre kategorisch: ich bin in die Maske verliebt. Ich fühle, daß dieser verwünschte Westinghaus sie quält. Ich will sie retten: eins — zwei, eins — zwei —" und das unsterbliche Trio der Vierzehnten Sonate zerstob unter ihren energischen Fingern

„Mein Gott", stöhnte Miß Orton, „Sie verstehen nichts von Beethoven."

Ich weiß nicht, was Grace geantwortet hätte, wenn nicht in diesem Augenblicke die Türe weit aufgegangen wäre und eine auffallende, männliche Baßstimme gerufen hätte:

„Liebe Grace, endlich!"

Miß Orton schrak vor Ueberraschung heftig zusammen. Ins Musikzimmer trat ein dunkles, elegant angezogenes Mädchen mit purpurnen Lippen und hochrotem Haar; ungeachtet des Mittags war sie im Pelz. Es war Miß Claire Wesson, die Tochter der zweiten Gemahlin Rockefellers und die Busenfreundin von Grace von der Schulbank her.

„Claire, endlich bist Du da!" Grace verstreute die Noten, sprang auf und hing an ihrem Halse. „Einen Augenblick, Miß Orton, vergehen Sie bitte. Ich mache die Stunde gleich zu Ende. Lassen Sie uns nur guten Tag sagen."

Ms. Orton dachte nicht daran, zu protestieren. Mit der Geduld eines armen Menschen setzte sie sich in eine Ecke des Zimmers, legte die Hände gefaltet in den Schoß und sah eine halbe Stunde schweigend da, solange die Mädchen, ihre Gegenwart vollkommen vergessend, schwatzten. Sie unterhielten sich, wie zwei junge Mädchen der privilegierten Klasse sich zu unterhalten pflegen, — über dies und jenes, über die Warschauer Oper, über die Konzerte von Rachmaninow, über den jungen Arthur Rockefeller, über die Maske, dann wieder über den jungen Rockefeller und wieder über die Maske. Es stellte sich heraus, daß Clair vorwiegend von Arthur und Grace hauptsächlich von der Maske sprach.

„Dieser Dein Arthur ist ein rechter Waschlappen," rief die Tochter des Senators zu Ende des Gesprächs, „sag' mir wenigstens, ob er auch nur ein einziges mal meine Maske gesehen hat?"

„Mr. Rockefeller interessiert sich nicht für Koketten," erwiderte Clair trocken, „alle seine Gedanken sind von der Rache in Anspruch genommen. Du weißt doch, daß die Bolschewisten seinen Vater ermordet haben, — das ist jetzt endgültig erwiesen. Er will ganz Europa gegen sie mobil machen."

„Ach, wie dumm das ist, weißt Du was, Clair? Ich möchte gern, daß Du Dir die Maske ansiehst. Ich will Deine Ansicht darüber hören. Sie ist anmutig, bezaubernd, elegant, — ich kann sie Dir überhaupt nicht beschreiben .... Vor allem scheint sie mir furchtbar unglücklich zu sein."

„Ich wiederhole Dir, Grace, daß weder ich noch Arthur für derartige Frauen Interesse haben."

„Du sprichst ja in einem Ton, als wenn ihr verlobt wäret!"

Clair errötete, Grace schmollte. Das Gespräch wurde unterbrochen. Ms. Orton erhob sich still von ihrem Platze, setzte ihren Hut auf, zog den Schleier übers Gesicht, verabschiedete sich von den beiden Mädchen und verließ hinkend das Musikzimmer.

Clair folgte ihr mit erstaunten Blicken.

„Ich begreife nicht, Clair, — warum nimmst Du bei dieser häßlichen, lahmen, alten Jungfer Musikstunden? Sie sieht ja viel eher wie eine Wäscherin aus, — was hat sie mit Musik zu tun? Du könntest Dir doch einen viel besseren Lehrer halten!"

Grace sprang auf und schloß fest die Tür; sie war rot vor Zorn.

„Schäme Dich!" flüsterte sie ihrer Freundin zu. „Ms. Orton war noch auf der Treppe, sie wird gewiß alles gehört haben. Sie ist überhaupt nicht häßlich ...."

Grace stockte, denn sie merkte, daß sie sich niemals mit dem Aeußeren der Ms. Orton beschäftigt hatte. Sie schüttelte ihren Lockenkopf und begann sich ihre Lehrerin vorzustellen: ihr Gesicht, die Augen, das Lächeln, ihre Hände; es ist wahr, sie hielt den Blick immer gesenkt und verunstaltete die Augen mit einer Brille; ihre rheumatischen Hände waren stets in Handschuhen; das Haar war straff gezogen und obendrein mit einem Netz bedeckt; zu Sträuben pflegte sie nur einmal im Monat . . . Aber trotzdem, wenn man sie sich so recht vorstellte! . . . . . Graces Gesicht leuchtete triumphierend auf: sie sah ihre Freundin sieghaft an und das, was sie sagte, kam ihr sogar selbst unerwartet.

„Und dennoch behaupte ich, daß Ms. Orton eine Schönheit ist!"

Die Musiklehrerin und der Notar.

Die arme Ms. Orton hatte alles gehört, was Clair über sie sagte. Es schien sie aber nicht allzusehr zu bedrücken. Sie knöpfte sich nur die gestrickte Jacke zu und begann etwas mehr zu hinken. In der Seventh-Avenue angelangt, bestieg sie einen Autobus, fuhr etwa eine halbe Stunde und stieg in der Nähe eines alten, dunklen Hauses im Stile des vorigen Jahrhunderts aus, einer der wenigen Ueberreste, die Newyork aus jener Zeit geblieben waren.

Es dauerte einige Minuten ehe man ihr öffnete.

Ein Knabe in einer Dienerjacke fragte sie mit heiserer Stimme (sein Gesicht war rot von Tränen):

„Wen wünschen Sie?"

„Ich will den Herrn Notar Kraft sprechen. Hier ist meine Karte."

Der Knabe sah sie verblüfft an, während seine Hand mechanisch nach der Karte griff.

„Ist der Herr Notar zuhause?" fragte sie noch einmal.

Jetzt erschien ein alter Neger, dessen schwarzes Gesicht ebenfalls verweint und geschwollen war. Mit zitternder Hand schob er den Knaben weg und sagte:

„Miß wird uns entschuldigen. Miß kann den Herrn Notar nicht sehen. Notar Kraft ist tot, kam unter das Auto."

„Tot? Mein Gott, mein Gott!"

Ms. Orton schien vollkommen erschüttert. Sie erbleichte so, daß der Neger sie stützte, zu einem Korbstuhl führte und sie zum Niedersetzen aufforderte.

Und wie ist es denn jetzt mit den Akten? Mit den Papieren? Es wird ihn doch jemand vertreten?"

„Dort oben, im Arbeitszimmer des Verstorbenen, wird man Ihnen Auskunft erteilen", antwortete der Neger finster, und seine runden Augen funkelten wie bei einem wilden Tier auf. „kaum ist Massa gestorben, als auch schon Leute hierher kommen, alle seine Papiere mit Beschlag belegen, die Schränke aufzubrechen und sie mit roten Siegeln zu versiegeln. Ja, er wird von einem anderen vertreten, und zwar auf die unverschämteste Weise, — die Miß kann in dieser Hinsicht beruhigt sein."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0003

75

Stadt-Theater

Mittwoch 7½ Uhr
Wer weint um Juckenack?
Juckenack: v. Zylander
Lina: Miersch
Frau Nagel: Dütter
Dr. Lotz: Kaller
Edmund: Henzel
von Marstall: Hendrich

Donnerstag 7½ Uhr
Zar und Zimmermann

Freitag 7½ Uhr
Orpheus in der Unterwelt

Die 3. Rate der Freitag-Stammkarten w. bis Donnerstagabend entgegengenommen. 71

Spendet für die „Rote Hilfe"

*14

Scaramouche

Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche
Scaramouche

76

Das gewaltigste Filmwerk aus den Tagen der großen französischen Revolution in 10 Akten

Lichtspiel-Theater, Wittenberg

Das erstklassige Programm für Dienstag bis Donnerstag: 7

Das Neueste aus aller Welt
Landhaus zu verkaufen
„Ehre Deine Mutter"
(Das alte Rest)
In 7 sehr ergreifenden Akten. — Dieses Bild soll noch besser sein als „Mutter"
Verstärktes Orchester — Anfang 6 Uhr
Mittwoch nachmittag 4 Uhr
Fremden-, Familien- und Jugendvorstellung

Leder

zu bekannt billigen Preisen [17

Sommer & Kurzhals

Albrechtstr 46,
Ecke Geiststraße.

Weißenfels Am Saalestrand

Heute
Schlachtefest

Emil Zilig.

Bekanntmachung

Am Mittwoch, dem 11. Febr. 1925, vormittags 10 Uhr, findet in Stendal in der Werkhalle am Ostbahnhof die Körung der hengste warmblütigen Schlages und am Donnerstag, dem 12. Februar 1925, vormittags 8 Uhr, in Magdeburg im Hallenhaus Land und Stadt am Schlachthofe die Nachkörung der hengste kaltblütigen Schlages statt 16

Im Anschluß an die Körung wird am 13. Februar 1925 in Magdeburg im Hallenhaus Land und Stadt eine Versteigerung von Hengsten und anderen Zucht- und Gebrauchspferden durch den Pferdezuchtverband veranstaltet

Eisleben, den 14. Januar 1925

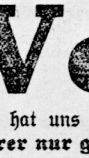
Der Magistrat.

Lichtspiele, Piesteritz

Programm für Dienstag bis Donnerstag
Eine Sensation ist der große Jagdfilm:
„Horrido" Ein Spiel von Jagd u. Liebe 5 lange Akte
Ein prächtiger Film mit gut. Schauspielern zeigt uns in einer nervenstreg. spannenden Handlung den Kampf zweier Schichten
Ferner:
„In der Nacht — in der Nacht"
Schwank in 3 Akten mit dem beliebten Arnold Rieck 8
Anfang 8 Uhr. Jugendliche haben keinen Zutritt

Astoria, Weißenfels

Dienstag bis Donnerstag: 29
Gr. sensation. Doppelprogramm, Charles Willy Kaiser und Rita Clermont in dem tollkühnen Sensations-film
Tscherkessenrache
Eine russische Tragödie in 6 atemraubenden Akten
Ferner: Der große Sittenfilm
Ihr schlechter Ruf!!
Großstadtbilder
Ein amerikanischer Großfilm in 5 Akten
Außerdem:
Unsere Trianon-Auslandswoche
Illustrierte Wochenschau aus aller Welt



Im Verbrauch ist
Prinzeß-Kaffee
nicht viel teurer als Ersatz, da er besonders ergiebig ist. Achten Sie darauf, daß Sie in den Lebensmittelgeschäften Prinzeß-Kaffee in Originalsäcken, nicht lose, erhalt.
Hersteller: 24
Braun & Wiegand, Halle

72

Große Ulrichstraße 53
Endlich sind sie da
die billigen Grünen Heringe
prachtvolle große, fette Ware
2 Waggons eingetroffen
das Pfund nur **22** ₰
Ein wirklich wohlschmeckendes und sehr billiges Mittag- und Abendessen, denn Sie können dieselben braten, in Essig legen auch, Hering in Gelee davon machen
Geöffnet durchgehend von 8—7 Uhr
Wiederverkäufer billiger
Großer Versand nach auswärts
Telephon 1274, 1275, 2705, 4996

Kochs Künstlerspiele
„Bunte Bühne"
Jägergasse 1
Nur noch diese Woche
Das große Programm
mit 73
Radrennen
der schönen Frau auf der Bühne!
Kleine Eintrittspreise!

Das führende Spezialhaus für KINDERWAGEN und verwandte Artikel

Bruno Paris
Kinderwagenhaus
3 Brüderstraße 3
74 1 Minute vom Markt

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Volksversorgungs-Verkauf

Beachten Sie bitte unsere **Schaufenster-Auslagen**

Besuchen Sie uns bitte noch heute und überzeugen Sie sich von **unserer Leistungsfähigkeit**

Die wirtschaftliche Notwendigkeit hat uns veranlaßt, **für diese Veranstaltung ungeheuer große Warenmengen** bereitzustellen und die Preise, trotz **unserer nur guten Qualitäten sehr niedrig zu halten,** um im wahren Sinne des Wortes **das Publikum mit billigen Waren zu versorgen**

69

Beginn: Mittwoch, den 28. Januar, früh 8 Uhr

Dieses Inserat bringt nur einige Beispiele:

Ein Riesenposten **Handtuchstoffe** teils Drell, teils Gerstenkornbindung . . . Meter 58, 45, 42 **38** ₰
Crêpe marokaine doppelt breit . . . . . Meter **1**95
Kunstseidenes Ripsband ca. 11 cm breit . . . . . Meter **68** ₰
Damen-Strümpfe englisch lang . . . . . Paar **28** ₰
Herren-Socken grau, hart gestrickt . . . . . Paar **48** ₰
Kinder-Handschuhe gestrickt . . . . . Paar **28** ₰
Herren-Handschuhe Tricot, mit 1 Druckknopf . . . . . Paar **95** ₰
Stickerei, Madapolame, 7—8 cm breit prima Qualität, Gittermuster . . . . . Meter **35** ₰
Zwirn- und Klöppelspitzen 6—7 cm breit . . . . . Meter 18 **15** ₰
Herrentaschentücher Linon, weiß, mit bunter Kante, gesäumt . Stück **20** ₰
Schleifenbinder schwarz-weiß . . . . . Stück **18** ₰

Unsere Spezial-Abteilung Schuhwaren
bringt **große Posten Schuhe** für **Damen, Herren und Kinder** zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Kinder-Schnürstiefel Rohleder, Größe 31/35 . . . . . Paar **3**95
Damen-Spangenschuhe Roß-Chevreau, moderne spitze Formen Paar **5**25
Damen-Schnürschuhe Boxkalf, Good. West . . . . . Paar **9**75
Herren-Schnürschuhe Boxkalf, dunkelbraun . . . . . Paar **11**90

Eine Besichtigung unseres Spezial-Schuhwaren-Schaufensters ist besonders zu empfehlen

Weiße Sportkragen aus gutem Rips . . . . . Stück **28** ₰
Korsettschoner Stück **38** ₰
Damen-Schlupfhosen diese Farben . . . . . Stück **95** ₰
Lockennadeln Pack **1** ₰

3 Serien Wintermäntel
Serie I aus dicken warmen Stoffen **3**50 **Serie II** aus englisch gemust. Flauch . . . . . **5**50 **Serie III** aus einfarbigen Wollflauch . . **7**50

Auf Kleinmöbel, Korbgarnituren u. gr. Bilder vergüten wir noch immer einen Rabatt von **33⅓ %**

2 Pack Haarnadeln glatt und gewellt . . . . . **3** ₰
Kissen aus gutem Linon, moderne Figurenzeichnungen, vorgezeichnet . . . . . Stück **95** ₰
Kissen aus gutem schwarz, Ripsstoff, vorgezeichnet, Stück **98** ₰
2 Posten flotte Filz- u. Samthüte Stück **95** ₰

Prakt. Hausblusen aus gutem Zephir oder Flanell, mit langen Aermeln 1,25, mit halb. Aermeln Stück **75** ₰
Büstenhalter aus weißem Stoff, guter Sitz . . . . Stück 1,75 **68** ₰
Untertaillen aus gutem Wäschestoff, mit Stickerei garniert . . . . . Stück 1,65 88 **65** ₰
Damen Hemden moderne Trägerformen mit Hohlsaum garniert . . . . . Stück 1,45 **95** ₰
Ein Posten **Knabenschürzen** m. großer Spieltasche a. einfarb. gutem Köper, Größe 40. Stück **1**45
Jede weitere Größe 15 Pfennig mehr
Wiener Schürzen a. gestr. u. kunst. Satin, gute Qualität, m. Bienden garn., Stück 2,95 1,65 **95** ₰
Gallerie-Borden in guten Ausführungen . . . . . Meter 98 **45** ₰
5 Doppelstück Ia. Kernseife à ca. 200 Gramm . . . . . **75** ₰
Schleifenhalter Stück 25 **15** ₰
Besuchstaschen echt Leder, in verschied. Ausführungen . . . . . Stück 2,95 1,95 **95** ₰
Markttaschen Wachstuchstoff, mit Ledergriff . . . . . Stück **1**35

Auf angefangene und fertige Handarbeiten gewähren wir einen Rabatt von **25 %**

Schriftliche Bestellungen werden am Tage des Eingangs prompt erledigt

Einkäufe von 20 Mk. an werden franko zugesandt

Nußbaum

Halle a. d. S. **Das führende Kauf- und Warenhaus Gr. Ulrichstr. 60/61**

Bei Einkäufen in mehreren Abteilungen fordern Sie **eine Sammelkarte**
Sie sparen langes Warten an Kassen und Warenausgaben

Verkauf solange Vorrat | **Umtausch ausgeschlossen** | **Mengenabgabe vorbehalten**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Wie mit kranken Arbeitern umgesprungen wird

Aus dem Leunawerk

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 20. Januar eine Notiz, wozu uns die Betriebskrankenkasse des Ammoniakwerks Merseburg auf Grund des Pressegesetzes folgendes schreibt:

„Die in dem erwähnten Artikel mit obiger Ueberschrift gemachten Angaben sind sehr stark entstellt und zum größten Teil unzutreffend. Richtig ist, daß zur gewissenhaften Feststellung, ob Berufserkrankung vorliegt, eine Nachprüfung der von fremden Aerzten festgestellten Diagnosen in jedem einzelnen Fall, und zwar im Interesse der Kassenmitglieder, durch den hiesigen Fabrikarzt vorgenommen wird. Die Prüfung durch den Fabrikarzt geschieht bei auswärts wohnenden Kassenmitgliedern nach Beendigung der Krankheit am ersten Tag der Wiederaufnahme der Arbeit während der Arbeitszeit, für die am Ort wohnenden Kassenmitglieder wird die Kontrolle bei jeder Krankengeldzahlung ausgeübt, wenn der Patient persönlich erscheint. Daß diese Nachprüfung in unangemessener, oder mit Ihren Ausdrücken zu reden, in rigoroser Weise geübt wird, konnten wir bisher in keinem einzelnen Falle feststellen. Eine Beschwerde hierüber ist den Kassenvorstandsmitgliedern bis zum heutigen Tage nicht bekannt geworden.

Der Vorstand der Betriebskrankenkasse ist im Gegenteil eifrig bemüht, im Gegensatz zu allen übrigen Krankenkassen, seinen erkrankten Mitgliedern die ihnen zustehenden Krankenunterstützungen in der bequemsten Weise und ohne irgendwelchen Nachteil zuzuführen. Infolge des außerordentlich weit verzweigten Kassenbereichs werden von Angestellten der hiesigen Kasse regelmäßig Freitags nachmittags in Halle für die in Halle und Umgebung wohnenden Erkrankten und in Weißenfels für die in Weißenfels und Umgebung wohnenden Erkrankten die Unterstützungen in den dortigen Krankenkassenräumen zur Auszahlung gebracht. Für die weiter entfernt Wohnenden wird das Geld entweder durch die Post und zwar gegen Einsendung des Krankengeldscheines oder an eine beauftragte Person zur Auszahlung gebracht. Im letzteren Falle wird das erforderliche Krankengeld von den Betriebsboten während der Geschäftszeit eingeholt. Für alle diese Erkrankten, das sind rund 80 Prozent aller Patienten, kommt eine Nachprüfung der Krankenscheine überhaupt nicht in Frage. Noch niemals wurde verlangt, daß Kranke oder gar beitlägerig Kranke hier selbst erscheinen müssen. Ganz ungeheuerlich ist jedoch die Behauptung, daß durch den schlechten Gesundheitszustand der Erkrankten bzw. durch Fehlen des erforderlichen Fahrgeldes erkrankte Kassenmitglieder um ihr Krankengeld genommen seien. Wir erklären ausdrücklich, daß seit Bestehen unserer Kasse jeder Patient ohne Ausnahme sämtliche ihm zustehende Leistungen restlos erhalten hat. Die Großzügigkeit bei Gewährung der Kassenleistungen wurde seitens unserer Kassenmitglieder schon häufig dankend anerkannt. Der Vorstand der Krankenkasse ist für jede Mitteilung über irgend eine Unregelmäßigkeit beim Empfang oder bei der Zusendung des Krankengeldes dankbar und wird genaue Prüfungen derartiger Beschwerden ohne Ansehen der Person auf das strengste durchführen."

Zu diesem Schreiben ist folgendes zu bemerken:

Zugegeben sei, daß den kranken Arbeitern das Krankengeld immer ausgezahlt worden ist, aber Tatsache ist, daß sie es, wie wir berichteten, teils nicht rechtzeitig erhalten und daß sie dabei mit mancherlei Schwierigkeiten zu rechnen haben. Ein solcher Fall ist erst dieser Tage, kurz vor unserer Veröffentlichung, wieder zu verzeichnen gewesen. Es handelt sich dabei um einen auswärts wohnenden Arbeiter, der bereits zehn Wochen krank ist und der am Freitag, an dem das Krankengeld ausgezahlt werden sollte, einen im Leunawerk beschäftigten Bekannten bat, ihm das Krankengeld mitzubringen. Dazu war nun notwendig, daß der Krankenschein dem Chefarzt Dr. Pfeil zur Unterschrift vorgelegt wurde. Das geschah seitens eines Betriebsboten. Der Arzt sagte aber, **der Arbeiter müßte selbst kommen!** Alle Hinweise, daß der Arbeiter auswärts wohne und noch krank sei, halfen nichts. Auch die Einwendung, daß der kranke Arbeiter kein Geld mehr habe, um nach dem Leunawerk zu fahren und das Krankengeld zu holen, fruchtete nichts. Der Arzt blieb bei seiner Weigerung. Der betr. Arbeiter wurde inzwischen gesundgeschrieben und fuhr dann am Montag mit geborgtem Gelde nach Leuna zum Wiederantritt der Arbeit. Er hatte an diesem Tage Nachmittagsschicht. Als er kam, mußte er um 2 Uhr zur Ambulanz. Und endlich bekam er den Krankenschein unterschrieben ausgehändigt. Nun glaubte der Mann, sein Krankengeld in Empfang nehmen zu können, das schon am Freitag fällig war. Aber weit gefehlt! Auf der Krankenkasse wurde dem Mann bedeutet, daß die Betriebsverwaltung das Krankengeld abhole. Da nun der Betrieb für diese Zwecke Buch führt zum Empfang des Krankengeldes, diese Gelder aber nur bis vormittags 10 Uhr am Schalter 6 abgenommen werden, so bekam der Mann am Montag abermals sein Geld nicht. Endlich am Dienstagabend konnte er sein Geld nach Hause bringen und am Mittwoch konnte seine Frau endlich die so lange entbehrten Lebensmittel einkaufen. Das sind also die „herrlichen Einrichtungen" der Betriebskrankenkasse des Leunawerks!

*

Das hallische „Volksblättchen" quakt über unsere Notiz am 20. Januar von den Mißständen der Betriebskrankenkasse des Leunawerks recht laut und faselt von „kommunistischem Schwindel". Dieses Kapitalistenblatt steht natürlich auf seiten des Leunawerkes und verteidigt dieses nach Kräften gegen unsere Kritik. Das sind wir gewohnt, und die Arbeiter wissen ja auch Bescheid. Aus unseren vorstehenden Ausführungen könnte das „Volksblatt" aber ersehen, wer der Blamierte ist. Das ist einzig und allein das „Volksblättchen" selbst, denn das, was wir kritisierten, war nicht Lüge und Schwindel, sondern Tatsache. Uns können nur die Arbeiter leid tun, die dieses Schmierblatt noch lesen.

Wer sich nicht fügt — fliegt!

Die Zustände in der Kinderwagenfabrik Wünsch & Pretzsch, Zeitz

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Eigentümliche Zustände sind in der letzten Zeit bei der Firma Wünsch & Pretzsch, Kinderwagenfabrik, Zeitz, eingerissen. Hier hat der Betriebsrat nichts mehr zu sagen, er wird einfach von den Unternehmern willkürlich ausgeschaltet. Bei Arbeitszeitverlängerung muß nach dem Tarif der Betriebsrat erst um seine Meinung befragt werden. Das ignoriert die Betriebsleitung völlig. Sie diktiert! Hängt da einfach einen Aushang aus, der besagt, daß an den betreffenden Tagen bis abends 8 Uhr gearbeitet wird. Damit basta! **Wer sich nicht fügt, fliegt!** Ob sich dann ein Arbeiter mit genügend Essen versorgt hat, danach fragen diese Leute nicht!

Vor Weihnachten ist bekanntlich in der Kinderwagen-Industrie Hochtonjunktur. Da glaubten auch einige Auch-Arbeiter Ueberstunden bis zur Verdünnung schieben zu müssen. Bis nachts um 12 Uhr schufteten sie und früh um 6 Uhr kamen sie schon wieder nach der lieben Arbeitsstätte. Auch Sonntags wühlten sie bis zu Mittag. Als Anerkennung bekamen die „treuen Diener der Firma" Liköre, Schokolade und belegte Brötchen.

Besondere Lorbeeren schienen einige Meister sich erwerben zu wollen; indem sie den Büttel im Antreiben markierten. Alles zu seiner Zeit! Auch sie werden, wenn sie ausgebeutet sind, den Fußtritt erhalten.

Die Betriebsleitung versuchte die Arbeiter abendzein noch um ihren Lohn zu bringen. Die 25 Prozent Zuschlag auf Ueberstunden wurden einfach nicht bezahlt. Erst auf energischen Druck der Arbeiter hin bequemte sich die Firma zur Zahlung.

Während der Hochtonjunktur darf niemand sterben. Die Kollegen tun daher gut, ihr „Sterbchen" in die neue Gurkenzeit zu verlegen. Als vor einiger Zeit der Kollege Münzner verschieden war und die Kollegen eine Deputation zum Begräbnis entsenden wollten, lehnte dies die Betriebsleitung ab, wegen der vielen Arbeit. Doch die Kollegen ließen sich das nicht gefallen und die **ganze Abteilung gab dem verstorbenen Kollegen das letzte Geleit!** Darüber nun große Entrüstung im Privatbureau. Die Frechheit der Arbeiter müßte gerochen werden. Wurden doch gleich darauf mehrere Kollegen aus der Metallschleiferei gekündigt mit der Motivierung „Arbeitsmangel"!

Hier entlarvten sich die Herrschaften sehr deutlich. Auf der einen Seite ließen sie Ueberstunden schieben bis zum Erbrechen, auf der anderen Seite entlassen sie Arbeiter wegen „Arbeitsmangel"! Na, wir kennen die Tricks der Unternehmer; wem sie einmal „hintentein" gesehen haben, versuchen sie mit allerhand Vorwänden hinauszuekeln.

Ueberhaupt ist die Schleiferei eine besonders gute „Erholungsstätte für Lungenkranke." Mußten sich doch in kurzer Zeitspranne eine ganze Reihe Arbeiter in ärztliche Behandlung begeben. Wir empfehlen diese Abteilung der Gewerbeinspektion zur gründlichen Revision, aber dabei nicht zu vergessen, den Betriebsrat mit hinzuzuziehen. Bisher hat man es nicht für notwendig erachtet.

In Erwähnung zu bringen sei noch die Anstellung eines Ingenieurs, den man sich aus Brandenburg kommen ließ. Dieser „Allerweltskerl" versucht in allen Abteilungen das Taylor-System durchzuführen. Dabei werden gewaltige Abzüge bei den Akkordarbeiten vorgenommen werden. Wir wünschen ihm viel Glück dabei, denn hier kann er mit den Proleten bald Bekanntschaft machen.

Aus all diesen Vorgängen ist zu ersehen, wie die Kapitalisten die Arbeiterschaft nach Strich und Faden auspowern. Die Kollegen und Kolleginnen müssen sich restlos in den freien Gewerkschaften organisieren, diese zu Klassenkampforganisationen machen, sich einen tüchtigen Betriebsrat wählen und diesen tatkräftig unterstützen. Dann werden auch in dieser Bude die Arbeiter wieder ihre Forderungen durchsetzen können. Also ran ans Werk!

Auf einen Hieb

wirst Du Deinen Arbeitskollegen nicht begreiflich machen, daß die SPD. keine Arbeiterpartei ist. Er hat hundert Einwände und Zweifel. Du hast zahlreiche beweiskräftige Tatsachen. Aber Du mußt auch Zähigkeit haben. Gib Deinen Kollegen jeden Tag Deine Zeitung. Er muß unser werden, denn er gehört zu uns.

Schikanöse Kontrolle der Arbeiter

Kochhütte — Mansfeld A.-G.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die Obernachtwächter der „Kochhütte" (Mansfeld A.-G.) scheinen recht wenig zu tun zu haben, denn sie haben sich in der letzten Zeit die größte Mühe gegeben, ihren Vorgesetzten gegenüber den Beweis ihrer Existenzberechtigung zu erbringen. Als Objekt dienen ihnen natürlich die Arbeiter! Da, wo wirklich Werte verschwinden können, ist wohl ein Obernachtwächter nicht berechtigt zu wachen. In ihren Augen sind alle Arbeiter Spitzbuben und Verbrecher, denn anders ist ihr Benehmen den Arbeitern gegenüber beim Schichtwechsel nicht erklärlich. Breitspurig stehen sie am Ausgang, und wehe dem unglücklichen Besitzer einer durch ungeschicktes Falten des Stullenpapiers aufgebauschten Frühstücksdose. Sofort springt wie ein Schießhund der Obernachtwächter auf ihn zu und wird „begrabscht" von oben bis unten. Sogar nach dem Geschlechtsteil wurde letzthin dabei gegriffen. Einer dieser Helden, der sich durch Angeberei sehr beliebt auf dem „Wolfsschacht" gemacht hatte, bekundete dabei eine Fertigkeit im Frühstückstaschen aus dem Rock ziehen, die einem Taschendiebe alle Ehre gemacht hätte. Schließlich wurde es der Belegschaft doch zu bunt und sie beschwerte sich durch den Betriebsrat bei der Betriebsleitung über die eifrigen Obernachtwächter. Diese sind anscheinend etwas gestäupt worden über ihr allzu ungeschictes Vorgehen, denn sie sind seitdem fast unsichtbar geworden. Sie werden wahrscheinlich „Knigge" studieren. Na, dann braucht ihnen die Belegschaft nicht erst den Umgang mit Menschen beizubringen. Kollegen! Denkt einige Jahre zurück! Da konnte so etwas nicht geschehen, weil wir noch organisiert waren. Schließt Euch deshalb zusammen in der stärksten Bergarbeiterorganisation, dem Deutschen Bergarbeiter-Verband, und macht ihn zu dem, was er sein soll: zur Kampforganisation!

Die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter

Gut Sernau-Brehna

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Wie weit hier in Brehna der Vorsitzende der Deutschnationalen für Schulbildung eintritt, beweist folgender Fall. Von den städtischen Körperschaften ist für ungelernte Arbeiter, also auch für landwirtschaftliche Arbeiter, die Fortbildungsschule eingeführt worden für das Winterhalbjahr. Aber dies paßt Herrn Gutsbesitzer Sernau ganz und gar nicht. Und warum? Weil die Schulzeit so gelegt ist, daß die Jungens an diesem Tage ein paar Stunden eher von ihrer Arbeit weg müssen. Deshalb hat dieser Herr einfach den Jungens die Arbeit gekündigt, nur wegen dem Fortbildungsschulunterricht. Bei ihm gilt wohl auch wie bei allen Reaktionären das Sprichwort: „Je dümmer das Volk, desto leichter läßt es sich regieren." Natürlich, wenn die jungen Arbeiter von früh bis abends schwer im Felde arbeiten und dann abends nach Feierabend auch noch die Schule besuchen sollen, so ist das doch etwas zuviel verlangt. Die sogenannten besseren Herrschaften schicken Söhne und Töchter zur Schule, ohne daß diese auch nur die wenigste Nebenarbeit verrichten, aber für Arbeiter ist das bei diesen Ausbeutern nicht. Dabei zahlt dieser Herr den jugendlichen Arbeitern

einen Wochenlohn von 2,38 Mk.

nebst Essen und Logis. Als ob sich die jungen Leute von diesen paar Kröten nur das Allernotwendigste anschaffen könnten!

So sieht das wahre Gesicht der Krautjunker aus! Das Proletariat in Stadt und Land muß sich zusammenschließen und das gesamte Ausbeutertum davonjagen. Was 1918 versäumt und vereitelt worden ist, muß baldigst nachgeholt werden. Dann aber gründlich aufgeräumt!

Die Durchführung des Dawes-Plans

Arbeiterentlassungen — Lohnkürzungen — Verlängerung der Arbeitszeit

Die uns aus den Betrieben zugehenden Berichte zeigen immer deutlicher, daß die Ausbeutung der Arbeiterschaft fortgesetzt krassere Formen annimmt. Das kapitalistische Unternehmertum macht immer neue Vorstöße, um die Arbeiter völlig in Fesseln zu legen. Es ist klar, der **Dawes-Räuberakt soll auf dem Rücken des Proletariats durchgeführt werden.** Seine Folgen sind **verschärfte Ausbeutung, Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Entlassungen, Schikanen der Arbeiter usw.**

Die Arbeiter müssen demgegenüber den **Kampf aufnehmen.** Sie dürfen keinen Schritt zurückweichen. Denn der Unternehmer rückt sofort um diesen einen Schritt vor. Auch um das kleinste Arbeiterrecht muß der schärfste Kampf geführt werden. Die Kommunisten werden in diesen Kämpfen an der Spitze stehen. Die Arbeiter müssen sich schleunigst in den Gewerkschaften organisieren und die **proletarische Einheitsfront in den Gewerkschaften und in den Betrieben herstellen.** Die Unternehmeroffensive muß durch den Kampf der Arbeiterschaft gebrochen werden.

Demnächst werden auch in allen Betrieben die Betriebsrätewahlen stattfinden. Die Arbeiterschaft muß sich schon heute darüber klar werden, daß sie angesichts der immer schärfer auftretenden Unternehmerwillkür revolutionäre Betriebsräte braucht die kein Blatt vor den Mund nehmen und auch vor dem „gestrengen Herrn Direktor" gradestehen können.

Arbeiter in den Betrieben! Es ist eine ernste Mahnung, wenn Euch die Kommunisten heute sagen: **wählt besser als das vorige Mal, wählt revolutionäre, klassenbewußte, unerschrockene Arbeiter zu Euren Vertretern, wählt Kommunisten!**

Oder glaubt Ihr, daß die SPD.-Betriebsräte wirklich ernsthaft gegen die Unternehmer kämpfen werden, wo doch ihre Partei dem Schiedsverständigengutachten zugestimmt hat? Die SPD. hat nach wie vor, wenn sie jetzt auch eine Scheinopposition gegen die Luther-Regierung in Szene setzt, die Absicht, **zusammen mit der Bourgeoisie den Dawes-Vertrag zu erfüllen.** Es ist ganz klar, daß dies nicht auf Kosten der Unternehmer gehen wird, sondern auf Eure Kosten. **Darum hört diesmal auf uns, stellt Euch in Euren Arbeitskämpfen hinter die KPD.**

*

Nachstehend einige Berichte aus den Betrieben:

Entlassungen in den Gruben des Leunakonzerns

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Auf den Gruben des Leunakonzerns, „Elise II", „Pauline", „Otto" und „Emma" sind bereits am 17. Januar größere Entlassungen vorgenommen worden (etwa 70 Mann), und nach kaum acht Tagen sind schon wieder 30 Mann aufs Straßenpflaster geflogen. Es verlautet, daß diese Entlassungen weiter fortgesetzt werden sollen. Natürlich verlangt man von den Zurückgebliebenen die gleichen Leistungen als bisher. Die Ausbeutung kennt keine Grenzen mehr. Es wird endlich Zeit, daß die Kumpels energisch dagegen Front machen und sich sofort organisieren, damit der Kampf gegen diese unerhörte Ausbeutung schleunigst aufgenommen werden kann.

Versuchte Lohnreduzierung in der Wittenberger Gummibude

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Bekanntlich tagte am 19. Januar das Haupttarifamt wegen der Lohnverhandlungen in der Chemie, wobei eine ganz geringfügige Lohnerhöhung zustande kam. Um nun aber „die Rentabilität des Werkes nicht zu gefährden", machte man dem Betriebsrat den Vorschlag einer **Akkordreduzierung. Die Löhne sollten um 15 Prozent gekürzt werden.** Der Betriebsrat hat natürlich abgelehnt, diesem Vorschlag seine Zustimmung zu geben.

Gummiarbeiter, aufgepaßt! Auf der einen Seite tarifliche Lohnerhöhung um etwa 10 Prozent, auf der anderen Seite 15prozentige Akkordreduzierung! Angesichts dieses schamlosen Vorgehens der kapitalistischen Ausbeuter müßt Ihr Euch sofort zusammenschließen und den Kampf gegen weitere Verschlechterungen und für Verbesserung Eurer Lebenslage aufnehmen. Hinein in die Organisation!

Unternehmerdiktat in den Lauchhammerwerken

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Der Betriebsrat des großen Werkes Gröditz forderte im Interesse der Belegschaft eine **Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden.** Statt dessen erschien seitens der Werksleitung ein provokatorischer Aushang, in dem diktiert wird, wie lange gearbeitet werden muß. Während bisher (seit Februar 1925) von früh ½7 Uhr bis abends ½6 Uhr gearbeitet wurde, bestimmt die Firma nun, daß ab 25. Februar

von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr

mit einer Pause von zwei Stunden gearbeitet werden muß; Sonnabends soll um 3 Uhr Schluß sein.

Dieses Diktat hat eine **große Empörung unter der Belegschaft ausgelöst.** Die Arbeiter wollen sich das Diktat unter keinen Umständen gefallen lassen. Wenn es nicht zurückgenommen wird, sind Komplikationen zu befürchten. Die Arbeiterschaft wird zu diesem Diktat noch besonders Stellung nehmen. Sie wird den Kampf aufnehmen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0005

Barmat-Methoden bei der Stadtbank?

Neuwahl des reaktionären Stadtverordneten-Vorstandes. Kommunistische Anfrage über Kredite zur Bezahlung von Spielschulden. Rattenplage auf dem Schlachthof. Die SPD. gegen den Bau von Arbeiterwohnungen, für die Luxus-Stadthalle

Es hat Herrn Busse gefallen, in der letzten Januarwoche zum erstenmal im neuen Jahr die Stadtverordneten zusammenzurufen. Dafür wurde ihm das Vertrauen des Bürgerblocks ausgesprochen, der es wohl zu würdigen weiß, wenn die Stadtgeschäfte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt werden. Denn in den Ausschüssen sind ja noch immer keine Kommunisten vertreten, so daß die breiten Massen einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden können. Das hat nun bald sein Ende. Zwar hat die Willkür der bürgerlichen Mehrheit und die ebenso dumme wie bornierte loyale Opposition, die die Sozialdemokraten dem Busse-Block entgegenbringen, wieder verstanden, dem reaktionären Vorstand des vorigen Jahres die Leitung der Geschäfte zu übertragen. Wie bei der ersten Vorstandswahl haben die Herren vom Bürgerblock auch diesmal getan, als ob sie ein schlechtes Gedächtnis belästen. Sie hatten, als sie in der Minderheit waren, streng auf paritätische Zusammensetzung auch des Vorstandes gedrungen; nun sie in der Mehrheit sind, existiert für sie keine „Demokratie". **Wieder einmal ist offensichtlich, daß nur die Macht entscheidend ist. Die Kommunisten werden sich dieses Vorgehen merken, und auch ihre Macht einmal entsprechend anwenden.**

Aber in einem Punkt mußte sich selbst Herr Busse stotternd revidieren: die Zusammensetzung der Ausschüsse und Deputationen ist endgültig geklärt, und zwar im vollen Sinne der kommunistischen Fraktion. Ein Ministerialerlaß nimmt dazu Stellung und erklärt:

„Der Herr Minister des Innern hat auf Ihre Beschwerde vom 9. Dezember 1924 entschieden, daß der § 16 des Gesetzes vom 18. Juli 1919 (G. S. 118) durch das Gesetz vom 18. Februar 1924 (G. S. 99) nicht aufgehoben ist (vergl. § 21 dieses Gesetzes). Die Deputationswahlen haben demgemäß nach dem Verhältniswahlsystem stattzufinden.

gez.: Grützner."

Hier mußte also selbst von Regierungsseite erklärt werden, was die Kommunistische Stadtverordnetenfraktion schon immer behauptet hatte, und was die Bürgerlichen selbst wußten. Aber diese benutzten bewußt das Recht, um bis zur endgültigen Entscheidung ungestört ihre Pläne durchführen zu können.

So hatten sie im Ausschuß auch den Verkauf des Polizeigebäudes in der Dreyhauptstraße an den Staat verhandelt, ein Projekt, bei dem es um fast eine Million geht. Aber nicht genug damit. Man hatte diesen Verkauf nur eingeleitet, um die schönen Träume der hallischen Bourgeoisie von dem Bau der Stadthalle Wirklichkeit werden zu lassen. In einer langen Rede hatte der Oberbürgermeister Luntschlösser über die Ausgestaltung dieses Lieblingswunsches der Kapitalisten gebaut, unter beifälligem Gemurmel der Sozialdemokraten. Genosse Kilian lehnte mit Recht in scharfen Worten diese in mehreren Punkten sonderbare Transaktion ab, bei der die Stadt sich eines großen Rechtes begibt, nur um eine größere Geldsumme in der Hand zu haben. **Er bezeichnete diesen Handel als Korruption und wies in einer scharfen Anklagerede nach, daß es tausendmal wichtiger wäre, Arbeiterwohnungen zu bauen, als den Wettlauf um die gewaltsame Entwicklung der mitteldeutschen Städte mitzumachen,** bei dem Halle, die Arbeiterstadt, die Kommunistenstadt, wie man sie nennt, doch nicht siegen könne.

Aber mit Hilfe der Sozialdemokratie, die sich voll Feuereifer für den Bau der Stadthalle ins Zeug legte, obgleich selbst ein Bürgerblock sie als Luxus bezeichnete, wurde die Verschacherung vorgenommen. Man hatte sich damit sehr beeilt. Nicht einmal eine zweite Lesung der Vorlage, die die Kommunisten beantragt hatten, war unterstützt worden.

Aber für den kommunistischen Antrag, auf Unterstützung der Erwerbslosen, der schon vor Weihnachten vorgelegen hatte, war auch diesmal keine Zeit. Die Aussprache darüber wurde abgewürgt. Auch diesmal wieder mit den Stimmen der Sozialdemokraten, die sonst immer ihr gutes Herz für die Erwerbslosen zur Schau tragen wollen.

Die Rolle der Sozialdemokratie im hallischen Stadtparlament ist geradezu lächerlich geworden. Ihre Minister ist die SPD. in Preußen los. Das „Volksblatt" hatte schon mit „unverhülltem Klassenkampf" gedroht. Der Arbeiter, der die Sozialdemokratie kennt, wußte zwar sofort, was er von dieser scheinoppositionellen Redensart in dem Arbeiterverräterblatt vom Harz zu halten hatte. Und auch gestern haben die Schaumburg-Müller-Petersdorff wieder bewiesen, daß sie eine Front mit dem Bürgerblock bilden. **Sie stimmten bei der Vorstandswahl nicht für die vorgeschlagenen Kommunisten, die Vertreter der größten Fraktion, sondern ermöglichten die Wiederwahl des Stahlhelmfreundes Busse mit absoluter Mehrheit, indem sie weiße Zettel abgaben.**

Die Sozialdemokratie ist erledigt. Das beweist ihre Stimmenthaltung. Zum Proletariat gehört sie nicht. Die Bourgeoisie wimmelt sie ab. So wird sie bald ein unrühmliches Ende nehmen.

•

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Gen. Günther gegen die Beschränkung der Rechte der Stadtverordneten, die ihnen vom Magistrat auferlegt worden sind. Auf den neuen Legitimationskarten ist nämlich verzeichnet:

„Inhaber dieser Karte ist berechtigt, die städtischen Anstalten **nach vorheriger Verständigung des zuständigen Fachdezernenten** oder des Leiters der betreffenden städtischen Anstalt zu besichtigen. Die Führung hat durch den Leiter der Anstalt oder einen von ihm bezeichneten Angestellten zu erfolgen."

Genosse Günther weist darauf hin, daß durch diese Einschränkung **eine übermäßige Besichtigung der städtischen Werke ausgeschlossen ist.** Der Magistrat wolle sich davor schützen, daß die kommunistischen Stadtverordneten die Unregelmäßigkeiten aufdecken, die in letzter Zeit so zahlreich vorgekommen sind.

•

Hierauf wird in die Neuwahl des Vorstandes eingetreten. Die Kommunisten, als stärkste Fraktion, schlagen zum ersten Vorsitzenden den Genossen Kilian vor. Der Bürgerblock, einschließlich der Hausbesitzer und Völkischen, treten für Wiederwahl Busses ein. Schaumburg erklärt für die Fraktion der SPD. eine Erklärung ab, daß Busse ihr Vertrauen nicht besäße, daß sie sich aber nicht für die Wahl des kommunistischen Vorschlages einsetzen würden. Sie würden sich der Stimme enthalten.

Genosse Jlgenstein bezeichnet diese Stellungnahme der SPD. als Feigheit (Sehr wahr, bei den Komm. und auf der Tribüne). Die Fraktion Dölz hat ihre Eselsfußtritte bekommen. Deshalb hält sie sich den Weg nach rückwärts offen. Um den Herren von rechts nicht wehzutun, verzichtet sie lieber auf ihre Rechte.

Schaumburg nimmt nochmals zu seiner Erklärung Stellung und benutzt die Gelegenheit, um eine **Hetzrede gegen die kommunistischen Gefangenen** zu halten, wofür er den Beifall der Bürgerlichen erntet. Genosse Kilian weist die demagogischen Angriffe entschieden zurück und teilt mit, daß die SPD. ganz zwiespältig handle. Im „Volksblatt" war einmal selbst erklärt worden, daß der erste Vorsitzende von der kommunistischen Fraktion gestellt werden müsse. Heute lehnen die sozialdemokratischen Stadtverordneten diese Stellungnahme ab.

Mit den Stimmen des Bürgerblocks und der Stimmenthaltung der SPD.-Fraktion wird der alte Vorstand, mit Busse an den Spitze, wieder gewählt.

Es wird beschlossen, daß der Rechts- und Verfassungsausschuß zusammentreten soll, um über die Neuwahl der Deputationen und Ausschüsse zu beraten. Auf Grund des Ministerialerlasses ist der Vorsitzende gezwungen, zuzugeben, daß die Wahlen nach dem Verhältniswahlsystem vorgenommen werden müssen.

•

Von der kommunistischen Fraktion ist eine Anfrage eingegangen:

Nach Meldungen, die in der Bürgerschaft umgehen, hat die Stadtbank, die Kredit verlangenden Kleingewerbetreibenden gegenüber sich sonst ablehnend verhält, eine größere Summe Geldes einer Person geliehen, die als Spieler bekannt ist und dieses Geld zur Deckung von Spielschulden benutzt hat. Es ist bekannt, daß diese Person kreditunwürdig ist. Wie hoch ist der Verlust der Stadtbank, und welche Maßnahmen hat der Magistrat getroffen, um solche Kreditgeschäfte, wie sie mit Barmat und Kutisker erfolgt sind, unmöglich zu machen?

Ferner interpelliert die kommunistische Fraktion wegen der ungeheuerlichen Zustände auf dem hallischen Schlachthof, wo die Kühlräume wegen Rattenplage geschlossen werden müssen. „Was gedenkt der Magistrat zu tun," heißt es in der kommunistischen Anfrage, „gegen diejenigen verantwortlichen Personen, die nichts zur rechten Zeit unternommen haben, um diesen Umfang der Rattenplage zu verhindern."

•

Den weiteren Teil der Stadtverordnetensitzung füllt eine Debatte über den **Verkauf des Polizei-Hauptgebäudes und die Vermietung der Polizeireviere und -wachen an den preußischen Staat** aus. Es war ein Prozeß um das Polizeigebäude geführt worden, der für den Staat sehr ungünstig ausgegangen wäre. Auf dem Wege der Verhandlungen wurde erreicht, daß der Staat der Stadt Halle eine Summe von 800 000 bis 900 000 Mark für das Gebäude zahlen will.

Gen. Kilian schildert den Kampf, der um die Rechte der Stadt Halle in dieser Sache geführt worden war. Nun will der Magistrat ein Kompromiß schließen, nur um Geld zu bekommen, obgleich er dafür ein wichtiges Grundstück im Stadtinnern hergeben muß. Das Polizeigebäude könnte als städtisches Bureauhaus bessere Verwendung finden, wodurch für mindestens vierzig Arbeiterfamilien Wohnungen frei würden. **Aber dem Magistrat liegt nichts am Bau von Wohnungen. Er plant wahrscheinlich, das Geld zum Bau der pompösen Stadthalle zu benutzen, die nur eine Vergnügungshütte für die Bourgeoisie sein soll. Die kommunistische Fraktion wird daher die Vorlage ablehnen.**

Nun hält der Oberbürgermeister eine lange Rede über den guten Kauf, den die Stadt machen würde, und er gibt zu, daß das Geld zum Stadthallenbau verwandt werden solle. Für die Zentralisierung der städtischen Behörden brauche nichts getan zu werden. Dann entwickelt er eine Reihe Projekte, wie den Bau von Ausstellungshallen den Ausbau des Hafens, Anlage eines neuen Flugplatzes und behauptet, daß Halle etwas für die Kultur tun müsse.

Genosse Kilian hat selbst im Landtag die Rechte der Stadt Halle in bezug auf die Weggabe des Polizeigebäudes vertreten. Er hält dem Bürgerblock und den Sozialdemokraten vor, daß gerade ihre Vertreter sich gegen das Interesse der Stadt ausgesprochen hatten. **Die Einigung könne nur mit Korruption bezeichnet werden,** und nun vom Oberbürgermeister selbst die Absicht, mit dem Gelde die Stadthalle zu erbauen, zugegeben wurde, wird die kommunistische Fraktion gegen den Verkauf des Polizeigebäudes noch schärferen Protest einlegen. Die bürgerliche Kultur und Bequemlichkeit für die mitteldeutschen Industriellen und Agrarier geht die Proleten, die alles bezahlen müssen, nichts an. Erst muß für ihre Bedürfnisse gesorgt werden, und das Wohnungselend offenbart grauenvolle Zustände.

Der deutschnationale Rechtsanwalt Hirsch bezeichnet den Bau der Stadthalle als Luxus. Petersdorff (SPD.) unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters und behauptet ausdrücklich, daß die Stadt diesen Luxusbau notwendig habe. Von Arbeiterwohnung sagt er nichts. Der Bürgerblock verlangt Schluß der Debatte und lehnt eine zweite Lesung der Vorlage mit den Stimmen der SPD. ab. Dem Verkauf des Polizeigebäudes wird gegen die Stimmen der Kommunisten zugestimmt.

Als die Sitzung darauf selbst abgebrochen werden soll, ruft Genosse Kilian Busse zu: **„Wo bleibt die Behandlung der Erwerbslosenunterstützung?"** Aber niemand will diesen kommunistischen Antrag behandeln, der immer weiter hinausgeschoben werden soll.

Die Bürgervertreter hatten ihre demagogische Weihnachtsheuchelei erreicht, und die Sitzung wurde geschlossen.

Arbeiter, Angestellte! Denkt an die Krankenkassenwahl!

Die bevorstehende Vertreterwahl zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse glaubt das — aucharbeiterinteressenvertretende — „Volksblatt" benutzen zu können, um in gemeiner und verlogener Weise — schlimmer als es die reaktionärsten Kapitalistenblätter getan haben — die kommunistischen Vorstandsmitglieder anzugreifen. Für die Arbeiterschaft von Halle dürfte der Grund dieser Kampfesweise offen zutage liegen; glaubten doch die Herrschaften um das „Volksblatt", mit ihren nach bürgerlichem Rezept entfalteten Verleumdungen die proletarische Wählerschaft grulelig machen und somit Stimmen für die SPD.-Gewerkschaftskartellliste fangen zu können. Deshalb das große Geschrei: „Es muß anders werden auf der Ortskrankenkasse, deshalb wählt ja keine Kommunisten, wie sie die Liste 1 (Johannes Höder) enthält. Seht, sogar mit den Aufsichtsbehörden leben sie in dauerndem Streite."

Der proletarischen Wählerschaft soll deshalb einmal kurz gezeigt werden, welche Streitigkeiten und Mißstände bestanden, und welche Rolle gerade ein Teil der in Liste 2, SPD., vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Vertreter dabei gespielt haben.

Wie schon oft an dieser Stelle ausgeführt ist, hat der sogenannte kommunistische Vorstand gegen den Versuch der gewaltsamen Beschneidung des Selbstverwaltungsrechts durch die Aufsichtsbehörden, gekämpft und Prozesse geführt. **Fast ausnahmslos in allen den vielen Prozessen hat das höchste Gericht dem Vorstande Recht gegeben.** Diese fundamentale Tatsache beweist aber, daß nicht bei dem kommunistischen Vorstand von Mißständen, Mißwirtschaft gesprochen werden kann, sondern daß gerade die vielen ungesetzlichen Zwangsmaßnahmen der Aufsichtsbehörde als Mißstände anzusprechen sind, gegen die sich jeder ehrliche Arbeiter wenden muß. Den Leuten im „Volksblatt" sind diese höchstgerichtlichen Entscheidungen höchst unangenehm, weil ihnen hierdurch das Geschäft der Leichenfledderei unmöglich wird;

haben doch schließlich Leute, die selbst als Vertreter auf der SPD.-Gewerkschaftsliste oder dieser nahe stehen, der Aufsichtsbehörde direkt oder indirekt Material zu den ungesetzlichen Zwangsmaßnahmen gegen den verhaßten kommunistischen Vorstand geliefert.

Um eine kleine Episode aus der letzten Zeit herauszugreifen, sei erwähnt, daß der mit als Vertreter auf der Liste 2, SPD.-Gewerkschaftskartell, aufgestellte Herr Gräfe Führer einer freien Gewerkschaft — Verkehrsbund — Arm in Arm mit dem Vertreter der Christlichen Gewerkschaft, dem Ableser Zwanzig, eine Beschwerde wegen der Sonnabendwahl (17 Januar) an den Herrn Finger, Vorsitzenden des Versicherungsamts, eingereicht hat. Siehe da, Herr Finger reagiert prompt und erläßt eine Anordnung gegen den kommunistischen Vorstand. Auch aus früherer Zeit, als Herr Gräfe selbst im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse war, sollen einige seiner Handlungen der Wählerschaft vor Augen geführt werden, damit sie sich ein Urteil bilden kann, wer die Interessen der proletarischen Mitgliedschaft vertreten und sie mit Füßen getreten hat.

Im Jahre 1919, während der Vorstandstätigkeit des Herrn Gräfe, wurden nach dem Kapp-Putsch von dem als reaktionär bekannten Verwaltungsdirektor Thier den hierbei verletzten Kassenmitgliedern — Arbeitern — die Kassenleistungen verweigert. Als von proletarischen Kassenmitgliedern Beschwerde beim derzeitigen Arbeitersekretariat geführt wurde, **hat der Sozialdemokrat Gräfe in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied nun nicht etwa Herrn Thier zur Rechenschaft gezogen und bestraft, sondern auf Thiers Betreiben wurde versucht, einen Angestellten als den Schuldigen zu stempeln und seine Stellung unhaltbar zu machen.**

Noch dicker kam es, als Herr Gräfe kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Vorstand auf Betreiben des reaktionären Thier mit beschloß, gegen vier freigewerkschaftliche Angestellte wegen angeblicher Verleumdung und Herabwürdigung des Thier Strafanzeige beim bürgerlichen Gericht zu stellen. Herr Gräfe mußte aber nach Stellung des Strafantrages dem jetzigen Vorstand Platz machen, da seine Amtsperiode gesetzlich abgelaufen war. Der als kommunistisch verschriene Vorstand versuchte die Sache ohne bürgerliches Gericht beizulegen und beschloß, die Strafanträge zurückzunehmen. **Da ereignete sich das ungeheuerliche Schauspiel, daß der Freigewerkschaftler Gräfe auf eine Einladung mit den Vertretern der Reaktion, Bourgeoisie und Christlichen, nämlich Herrn Thier, Direktor Buchmann, Herrn Zwanzig u. a. heimlich hinter dem Rücken des jetzigen Vorstandes zusammenkam und mit ihnen einen neuen Antrag an den Staatsanwalt auf unbedingte Verfolgung der vier freigewerkschaftlichen Angestellten beschloß.** Obwohl Herrn Gräfe die ganze Sache nichts mehr anging und er zumindest ungesetzlich handelte, hat er in diesem neuen Strafverfolgungsantrage die gröbsten Verleumdungen und Lügen gegen die vier Angestellten aufgestellt und eigenhändig neben Direktor Buchmann u. a. unterschrieben. Der reaktionäre Herr Thier wird sich die Hände gerieben haben, ob solcher vorzüglichen Interessenvertretung durch den Freigewerkschaftler Gräfe. Trotz der angestrengtesten Bemühungen des Gräfe ist es ihm nicht gelungen, die vier freigewerkschaftlichen Angestellten den Interessen des reaktionären Thier zu opfern.

Die vier Angeklagten mußten selbst vom bürgerlichen Gericht sowohl in erster Instanz und drei von ihnen auch in der zweiten Instanz auf Kosten des Staates freigesprochen werden.

Vom gleichen Schlage wie Gräfe sind die gleichfalls als Vertreter auf der SPD.-Liste aufgestellten Domsch und Liesegang. Diese Beiden haben während der Kämpfe um das Selbstverwaltungsrecht eine üble Rolle gespielt. Sie sind als Zuträger an Thier und den gewesenen Riemer bekannt; ebenso als Postenjäger. Daß diese auch Verbindung mit proletarierfeindlichen Elementen unterhalten, sei mit erwähnt. Die Belegschaft der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat deshalb trotz ihres krampfhaften Bemühens diese beiden bei der Betriebsratswahl in vorigen Jahre abgeschüttelt und kaltgestellt.

Ob solcher Tatsachen wagt das „Volksblatt" von Mißwirtschaft des kommunistischen Vorstandes zu sprechen und die Liste der Herren Gräfe und Genossen als die einzig geeigneten Vertreter für Ruhe und Ordnung zu empfehlen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Interessen der Kasse und der Mitglieder bei dieser Liste unter den Schlitten kommen.

Achtung, Parteifunktionäre!

Heute abend 8 Uhr, im „Volkspark":

Funktionär-Versammlung

Am **Mittwoch, dem 28. Januar 1925,** abends 8 Uhr, im **„Volkspark"** (oberer Saal):

Große öffentliche Volksversammlung

Thema: **Der Sturz der Preußen-Regierung Braun-Severing Monarchisten-Regierung im Reiche und in Preußen — Was nun?**

Referent: **Peter Maslowsky,** Berlin

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erscheint in Massen. Hört, was die Kommunisten über ihre Ziele, zum Sturze der Rechtsregierungen und zur Errichtung der Regierung der Werktätigen zu sagen haben.

Ortsgruppe der KPD., Halle a. d. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Stärkt die Partei! Stärkt Eure Presse!

Zwischen dem Wahlergebnis vom 7. Dezember und den Lesern des „Klassenkampf" besteht ein großer zahlenmäßiger Unterschied, der ausgeglichen werden muß.

Zur Bolschewisierung der Partei gehört nicht allein eine klare, leninistische Richtung des Parteikurses, sondern Lenin lehrte uns auch insbesondere, daß die erste Vorbedingung zum Siege der Arbeiterklasse das Bestehen einer revolutionären Partei ist, einer Kommunistischen Partei, die fest in den breiten Massen des indifferenten Proletariats verankert ist.

Zwei Wege führen zu diesem Ziele hin. Der eine Weg ist die Werbung neuer Mitglieder für die Partei.

„Was", werden manche Genossen rufen, „wollen wir schon wieder Mitglieder werben? Alle Häuser sind wir schon abgegangen!" Und trotzdem, Genossen, ist diese Werbearbeit gerade in diesen Tagen notwendig. Die Agitation muß noch verstärkt werden.

Jede Zehnergruppe muß als ihre unumgängliche Aufgabe betrachten eine intensive, durchgreifende Hausagitation zur Werbung neuer Mitglieder.

Der zweite Weg zur tieferen Verankerung der Partei ist:

Die kommunistische Presse muß auch in die letzte Arbeiterwohnung gelangen!

Jeden Tag muß den Hausbewohnern und Sympathisierenden Werbematerial in die Hand gedrückt werden. Es genügt nicht etwa, Zeitungen in den Briefkasten einer Familie zu werfen: wichtig ist, mit den betreffenden Arbeitern, Angestellten oder Beamten in persönliche Unterhaltung zu treten. Mündliche Propaganda ist zweifelsohne die beste. Nur so kann man zum Ziel kommen, alle Ausgebeuteten davon zu überzeugen, daß nur die kommunistische Presse wirklich ernsthaft die Interessen des Proletariats vertritt.

Zur Bolschewisierung der Partei gehört aber auch die Bolschewisierung der Presse. Wie sie durchgeführt wird?

Die Arbeiterkorrespondenten heraus!

Das ist die erste Forderung, die erfüllt werden muß! Das ist die Grundbedingung für eine Arbeiterzeitung die nicht nur für die Arbeiter, sondern auch von den Arbeitern geschrieben sein muß! **Kein Betrieb, keine Distriktsorganisation, keine Zehnergruppe ohne einen Arbeiterkorrespondenten.**

Genossen, macht den Anfang!

Die Aufgaben stehen vor uns! Sie müssen im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterklasse gelöst werden. Darum, Genossen:

Heran an die Arbeit!
Vorwärts im Zeichen Lenins!

Die hungernden Millionen und die Herrschaft der Klassenjustiz

Ueber dieses Thema sprach gestern Abend im großen „Volkspark"-Saal der Genosse Haack vom **Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.**

Der Redner legte klar, daß die öffentliche Versammlung als eine Protestkundgebung gelte, die durch die Verhaftung des Genossen Tiedt vom Internationalen Bund veranlaßt sei. Wenn auch inzwischen der Genosse Tiedt wieder freigelassen werden mußte, so müsse man sich trotzdem mit diesem Thema befassen, da es sich nicht allein um diesen einen Genossen handle, vielmehr immer und immer wieder die Führer des klassenbewußten Proletariats verfolgt und verhaftet werden. Der Referent ging dann auf die eigentlichen Ursachen dieser Verfolgung ein und brandmarkte den Betrug an der unterdrückten Klasse, speziell an den Rentenempfängern, und weiterhin die Tatsache, daß, **wenn diese Betrogenen sich notgedrungen an die Oeffentlichkeit wenden, immer wieder die Hundertschaften der Polizei zur Stelle seien.** Auch die Lügenhaftigkeit der bürgerlichen Presse wußte der Redner an einem Exempel festzustellen. So läßt sich eine bekannte „Hallesche Zeitung" von einem Berliner Stadtrat über die Kriegsbeschädigtenrenten berichten, und man konnte feststellen, daß dieses hallische Lügenblatt den Rentensatz eines Vollkriegsbeschädigten **um 50 Mk. höher berichtete, als er in Wirklichkeit ist.**

Nachdem der Redner noch einen Rückblick gehalten hatte über das Verbot des Bundes, die Reichstagswahl und die Wahlversprechungen, weiterhin über die famose Fürsorgepflichtverordnung und einige amtliche, grauenhafte Statistiken zur Charakteristik der wunderbaren, demokratischen Republik im einzelnen erwähnt hatte, gab der Genosse Freund einige lokale Ergänzungen zu der Versammlung, die ungeteilten Beifall fanden. Zum Schluß wurde nachfolgende Resolution angenommen.

Resolution

„Die im „Volkspark" versammelten Kriegsopfer und die mit ihnen Sympathisierenden erheben schärfsten Protest gegen die Verhaftung ihres Bundesvorsitzenden Karl Tiedt in Stuttgart. Außerdem fordern sie eine allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen, welche heute noch hinter Kerkermauern sitzen, weil sie gekämpft haben für ihre Befreiung aus dem kapitalistischen Joch. Sie sagen der kapitalistischen Gesellschaft den schärfsten Kampf an und sehen in den Gothaer Forderungen den einzigen Ausweg, um sich von den Kapitalistenfesseln zu befreien. Weiter werden sie mit allen erdenklichen Mitteln den Kampf für eine bessere Versorgung führen."

Die ewig Uniformierten waren natürlich auch wieder zu sehen, obwohl sie doch eigentlich schon des öfteren gefühlt haben müßten, wie lästig sie den Besuchern des „Volksparks" sind. Sollte es wirklich nicht möglich sein, das überall geltende Hausrecht auch auf das Heim der hallischen Arbeiterschaft anzuwenden? **Auswärtige Arbeiter, die Gelegenheit haben, im „Volkspark" eine Versammlung des klassenbewußten Proletariats beizuwohnen, sind ganz erstaunt, was für Freiheiten** (die Auswärtigen nennen es Frechheiten) **sich diese Menschen erlauben.** Wenn der Hausverwalter nicht bald ganz energisch sein Hausrecht fordert, kommt es bald so weit, daß der „Volkspark" geeignete Räume für eine ständige Bereitschaftswache einrichten muß. Diese Leute mögen sich zu Tausenden sonstwo in der Nähe des „Volksparks" aufstellen. Im Park aber selbst müssen sie verschwinden. Noch ist der „Volkspark" weder „Edenhotel" noch eine Kaserne.

Achtung, Parteimitglieder!

Donnerstag, den 29. Januar 1925, abends 8 Uhr, finden in nachfolgenden Bezirken

Oberbezirksversammlungen

statt

Oberbezirk Westen: Produktiv-Genossenschaft
Oberbezirk Süden: „Lösts Hof" (Schnabel)
Oberbezirk Mitte: „Goldene Kette"
Oberbezirk Norden: „Volkspark" (Burgstraße)
Oberbezirk Osten: findet die Versammlung am Freitag, dem 30. Januar, abends 8 Uhr, im **„Hardenberg-Kasino" statt.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die politische Lage. Unsere nächsten Aufgaben, unter besonderer Berücksichtigung der zu leistenden Gewerkschaftsarbeit.

Die außerordentlich wichtige Tagesordnung verpflichtet jede Genossin und jeden Genossen, zu diesen wichtigen Versammlungen zu erscheinen.

Die Ortsleitung der KPD.

Die nervöse Schupo

Von einem Arbeiterkorrespondenten

Vor einigen Tagen stand ich mit zwei Freunden auf der Cröllwitzer Brücke. Es war ungefähr ½7 Uhr abends. Auf einmal kam ein Sipomann daher geschlendert. Den einen von uns umfaßte er plötzlich und schob ihn beiseite. Dann kam er auf mich zu, klopfte mich auf die Schulter und sagte: „Das gilt auch Ihnen!" Wir waren einfach paff über das Gebaren des Polizeibeamten, wußten wir doch gar nicht was los war. Ich fragte ihn dann, was er denn von uns wolle. Da fuhr er mich an und sagte, wir sollten uns weiter scheren. Ich verbat mir das selbstverständlich und bemerkte zu ihm, wenn er uns das gleich gesagt hätte, und zwar im höflichen Tone, dann wären wir ohne weiteres gegangen. Da sagte der Sipomann wörtlich:

„Das habe ich Ihnen gesagt, haben Sie das denn nicht gesehen."

Ich versicherte ihm natürlich, daß ich das nicht gesehen habe. Unter Schimpfen ging er dann die Brückentreppe runter. Nach einigen Minuten verabschiedete ich mich dann von meinen Freunden und ging ebenfalls die Brückentreppe herunter. Wer erwartete mich da? Mein Freund — der Sipo! Der platzte heraus, was mir denn eigentlich einfiele, noch zu lamentieren, er solle wohl meinen Namen feststellen. Ich war natürlich aufs höchste überrascht, dachte ich doch gar nicht mehr an die Angelegenheit. In der nun entstehenden Diskussion wurde der gute Mann ziemlich „energisch" und forderte mich schließlich auf, stehen zu bleiben. Ich fühlte mich aber dazu nicht veranlaßt und setzte meinen Weg ruhig fort. Da kam ich aber schön an. Auf einmal stand der brave Sipomann wieder neben mir, mit dem Notizbuch in der Hand und verlangte meinen Namen. Damit er sich mit mir mal etwas näher befassen könnte, wie er sagte.

Man muß dies jedenfalls der Nervosität dieses Beamten (die Polizei ist ja überhaupt durch die viele „Arbeit", die sie bekommt, ziemlich überreizt) zurechnen. Das geht schon aus der Aeußerung hervor: „Das habe ich gesagt, haben Sie das nicht gesehen". Oder aber, wie man sagt, er „verwechselt die Begriffe". Aber anscheinend will sich die neue Besetzung der Cröllwitzer Wache [illegible] diese Art bei der Cröllwitzer Einwohnerschaft einführen.

Die nächste Aufgabe der IAH.

Unterstützung der gemaßregelten Arbeiter

Wenn wir noch Geld übrig haben, dann soll das Geld gehören den Opfern der Streiks, den Opfern der Aussperrungen, den Betriebsräten usw., die nach diesen Kämpfen auf der Strecke bleiben. Nicht nur das Maschinengewehr in heute in Deutschland ein bewußt gegen die Arbeiter eingesetztes Instrument, sondern bewußt richtet sich gegen die Arbeiterschaft der Plan, die vorderste Gruppe der deutschen Arbeiterwirtschaft zu zermürben, wirtschaftlich aufzureiben. Was früher nur in vereinzelten Fällen vorkam, da ausländige bürgerliche Unternehmer sich direkt schämten, ein solches Mittel anzuwenden, die Einführung der sogenannten Schwarzen Liste bei gewerkschaftlichen Streiks ist heute in Deutschland gang und gäbe geworden. Die Schwarze Liste ist heute ein Mittel im politischen Machtkampf der Stinnes-Gruppe, mit dem man versucht, die Arbeiter auszuhungern, sie wirtschaftlich zu zerreiben. Wir haben Beispiele aus Zeitz-Mehlis, aus Ruhla, aus sächsischen Gemeinden, aus dem Rheinland, wo Arbeiter, die es einmal gewagt haben, im Betrieb ihr Recht geltend zu machen, mit ihren Familien ausgehungert werden und keine Arbeit mehr bekommen. Da wollen wir einspringen, diese Leute wollen wir unterstützen, diese Vorkämpfer der deutschen Arbeiter wollen wir halten.

Willi Münzenberg auf dem Reichskongreß der IAH.

Die mitteldeutsche Arbeiterschaft hat unter einem besonders reaktionär eingestellten Unternehmertum zu leiden. Jeder Protest, der auch nur in dem Verdacht steht, einer revolutionären Organisation anzugehören, stiegt erbarmungslos aufs Strafzettelplatter. Aber damit geben sich die Kapitalisten nicht zufrieden. Trotz aller Tarifabmachungen und „gesetzlichen" Verbote, werden die Gemaßregelten auf die „Schwarze Liste" gesetzt, d. h. man versucht, sie für immer erwerbslos zu machen. So hat die Direktion des Leunawerkes fast alle Funktionäre entlassen, die in Merseburg ansässig sind. Sie fürchtet, daß diese Arbeiter, die in der Nähe des Werkes wohnen, nach Arbeitsschluß sich zusammenfinden, um über die Vorgänge im Betriebe und ihre Stellungnahme beraten. Bei der übrigen Belegschaft besteht diese Gefahr nicht, weil sie in ganz Mitteldeutschland verstreut wohnen und neben der zehnstündigen Arbeitszeit vielfach noch vier bis fünf Stunden für die Hin- und Rückfahrt verwenden müssen.

Das Leunawerk ist ein Zuchthaus in des Wortes schlimmster Bedeutung.

Auch jede gewerkschaftliche Betätigung wird — trotzdem die Direktion am Tarifabkommen beteiligt ist — erbarmungslos mit Maßregelungen beantwortet.

Den Chemiegewaltigen stehen die „Grubenherren" würdig zur Seite. Erinnert sei hier an den „Fall" Riechwien, der als Betriebsratsvorsitzender der Grube „Ulrike" im Auftrage des Bergarbeiterverbandes, seine Belegschaft aufforderte, in einen Streik zwecks Erhöhung der Löhne zu treten. Auf Verlangen des Dir. Blau (Stahlhelmführer) wurde er von der hallischen Polizei verhaftet und vier Wochen festgesetzt.

Die Unternehmer sind nur dann „arbeiterfreundlich", wenn sich die Arbeiter bereit erklären, ihre proletarische Gesinnung zu verkaufen, d. h. Mitglieder des Stahlhelms oder der gelben Werkvereine zu werden. Wenn heute hunderttausende von Gemaßregelten in Deutschland mit ihren Familien in Not und Elend leben, weil sie ablehnten, sich den Kapitalisten gefügig zu zeigen, so ist das gewiß ein Aktivposten in bezug auf Klassenbewußtsein und proletarischer Solidarität. Aber die Werktätigen in den Betrieben dürfen an diesen Opfern nicht teilnahmslos vorübergehen. Neben der Geschlossenheit der Arbeiterschaft keine Maßregelung der Kollegen im Betriebe zu dulden, müssen diese Vorkämpfer der Arbeiterschaft unterstützt, vor dem Verhungern bewahrt werden. Sie müssen der Arbeiterklasse erhalten bleiben, um auch bei den kommenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfen gegen den Klassengegner dabei zu sein. Hierbei will die Internationale Arbeiterhilfe an erster Stelle mitwirken. Eine großzügige Aktion für alle Gemaßregelten — ohne Rücksicht auf ihre politische und gewerkschaftliche Auffassung — ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter in den Betrieben aufgerüttelt werden, sich um ihre gemaßregelten Kolleger zu kümmern.

Keine Hilfe im Sinne der bürgerlichen Wohltätigkeit, sondern als Ausdruck der proletarischen Hilfsbereitschaft der Arbeiter aller Länder.

Der Anfang ist bereits gemacht. **In der nächsten Woche wird im Mansfelder Bergbaugebiet eine Verteilung von Kleidungsstücken und Lebensmittel durch die IAH. vorgenommen, die von Arbeitern in St. Franzisko (Nordamerika) gesammelt wurden.** Das Elend ist unter den Bergarbeitern besonders groß. Wird doch in den Gruben bei 60- und mehrstündiger Arbeitszeit ein Wochenverdienst von 11, 12 und 13 Mark bezahlt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0007

In der Hauptsache müssen aber die deutschen Arbeiter helfen, ihre Klassenbrüder vor dem Verhungern zu bewahren. Darum Mitarbeit an der Internationalen Arbeiter-Hilfe, damit in allen Orten Halle-Merseburgs die Gemaßregelten unterstützt werden können.

Wie ist das möglich?

Durch die Gründung von Ortskomitees (Einzelmitgliedschaft) **und besonders durch den korporativen Beitritt von Belegschaften und proletarischen Vereinen.**

Die Durchführung des Dawes-Gutachtens wird wirtschaftliche Kämpfe in größtem Umfange auslösen. Nicht immer wird die gewerkschaftliche Unterstützung ausreichen, abgesehen davon, daß die reformistischen Führer Sabotage treiben werden. **Bei allen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum wird sich die JAH. auf seiten der kämpfenden Arbeiterschaft stellen. Nicht mit Versprechungen und Resolutionen, sondern durch praktische Hilfe.** (Massenspeisungen, Verteilung von Lebensmitteln, Verschickung der Kinder usw.) Darum haben die Belegschaften der Betriebe ein materielles Interesse daran, durch korporativen Beitritt die JAH. als Organ der Arbeiterklasse zu stärken.

In Halle-Merseburg bestehen zurzeit 20 Ortskomitees. Weitere wurden im Januar gegründet.

50 proletarische Organisationen, Zahlstellen der Gewerkschaften und Betriebe, sind der JAH. korkorativ angeschlossen. Von den Betrieben in Halle u. a.

Bertram, Maschinenfabrik;
Hermann Wintzer, Maschinenfabrik;
Andreas Haaßengier Metallgießerei;
Fa. Eberhardt, Maschinenfabrik;

Den Angriffen der sozialdemokratischen Führer zum Trotz müssen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften unermüdlich für den porporativen Beitritt kämpfen und über Ziele und Aufgaben der JAH. Aufklärung schaffen.

„Rote Hilfe"

Am 15. November 1924 wurden aus unserem Bezirk zehn Kinder nach Worpswede bei Bremen zur Erholung geschickt. Und zwar waren es folgende Kinder:

Liesbeth Wielsch aus Helfta (Vater 1921 in den Märzkämpfen gefallen).

Werner und Gertrud Gabe aus Nietleben (Vater in den Märzkämpfen 1921 gefallen).

Wilhelm Steinbach aus Wallwitz (Vater verbüßt eine zwölfjährige Zuchthausstrafe, Familie besteht aus Frau und sechs Kindern).

Liesbeth und Gertrud Emmrich aus Halle (Vater im Gefängnis).

Charlotte Härtel aus Zeitz (Vater im Gefängnis).

Luise Thomas aus Brachstedt (Vater im Gefängnis)

Berta Deutsch aus Stedten (Vater 1921 standrechtlich erschossen).

Gertrud Winter (Vater im Gefängnis).

Die Kinder kommen Anfang Februar wieder von Worpswede zurück. Der Aufenthalt dortselbst war auf acht Wochen berechnet, doch konnte die „Rote Hilfe" den Aufenthalt auf zwölf Wochen verlängern. Hoffen wir, daß sich die Kinder unserere braven Mitkämpfer gut erholt haben und gesund zu uns zurückkehren. Die „Rote Hilfe" würde allen Kindern unserer Gefallenen und Gefangenen eine achtwöchige Erholung zukommen lassen, doch können leider nur immer zehn Kinder geschickt werden. Darum, Genossinnen und Genossen, unterstützt die „Rote Hilfe" durch sofortigen Beitritt. Steuert ein jeder sein Scherflein bei, dann wird es uns möglich sein, auch die Unterstützung der Frauen und Kinder zu erhöhen. Unsere Gefangenen werden ihr schweres Los leichter tragen.

Das Ortskomitee Halle beabsichtigt, die Kinder von der Bahn abzuholen und am Abend im „Volkspark" eine kleine Feier zu veranstalten, wobei die Kinder ihre Erlebnisse in Worpswede erzählen werden. Tag und Stunde werden noch bekanntgegeben. Wir bitten die Genossen, welche in der Lage sind, ein Kind bei sich während einer Nacht aufzunehmen, uns umgehend ihre Adresse mitzuteilen.

Erweiterte Straßenbahnanlage geplant

Der Magistrat der Stadt Halle beabsichtigt den Neubau einer zweigleisigen Straßenbahnanlage in der Berliner und Freiimfelder Straße zwischen Dessauer Straße und Schlachthof auszuführen.

Einwendungen gegen den Plan, der vom 28. Januar bis einschließlich 10. Februar ds. Js. während der Dienststunden im Polizeipräsidium, Dreihauptstraße 4, Zimmer 101, offenliegt, können von den Beteiligten im Umfange ihres Interesses während dieser Zeit beim Polizeipräsidium schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, findet nunmehr in der Produktiv-Genossenschaft der angesetzte Funktionärkursus statt. Wir erwarten, daß alle Funktionare, sowie die Genossen, die Interesse an diesem Kursus haben, vollzählig erscheinen.

Die Ortsleitung.

Aus den Gewerkschaften

Graphische Hilfsarbeiter, Zahlstelle Halle

(Von unserem gewerkschaftlichen Berichterstatter)

In der am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Mitglieder hatten infolge der verräterischen Politik der Gewerkschaftsführer das Interesse am Verbandsleben verloren. Der größte Teil der Mitglieder hatte der Organisation den Rücken gekehrt. Nur durch rege Agitation war es der Verwaltung gelungen, die Lücken wieder auszufüllen. Der Kassierer gab die Jahresabrechnung. Durch die Lohnbewegung wurden an die Ortskasse große Ansprüche gestellt, so daß ein erfreuliches Kassenresultat nicht zu verzeichnen ist. Mitgliederbestand: 27 männliche, 142 weibliche.

Die Verwaltungswahl ergab folgendes Ergebnis: 1. Vorsitz.: Scheibe, 1. Kassierer: Bielig, Stellvertreter für beides: Gerig, Schriftführer: Freund, Kartelldelegierte: Zopf, Freund, Beisitzer: Henkel, Hertel und Kollegen Windt, Haferkorn. Kollege Scheibe erläuterte zwei Klagen vor dem Gewerbegericht, die für die Kollegenschaft von großem Interesse sind. Die Firma Kuhnt hatte eine Anlegerin wegen Makulaturdrucken entlassen. In 2 Terminen kam es zu einem Vergleich, die Anlegerin wieder einzustellen. Die Firma Mitteldeutscher Verlag (Dr. Carlson) hatte zur Zeit der Novemberbewegung bei einer Anlegerin die Kündigung nicht zurückgenommen. Die Firma gab als Grund Arbeitsmangel an. Auch in diesem Falle fanden zwei Termine statt: die Anlegerin wurde abgewiesen, trotzdem der Klägerin der Vorschlag gemacht wurde, einen Vergleich einzugehen und eine Entschädigung von 30 Mk. zu zahlen, welches wir abgelehnt haben, denn der Schiedsspruch, Ziffer 5, lautet: Alle Kündigungen müssen zurückgenommen werden. Das Material ist dem Verbandsvorstand überwiesen worden. Im weiteren gibt der Vorsitzende einen Bericht vom Steindruck. Die Firma Gantz & Fuß, Schmeil zahlen die Leipziger Löhne, die Firma Jovishoff gibt 5 Prozent weniger, hat aber dem Hilfspersonal ab 1. Januar eine Zulage zukommen lassen, so daß kein Unterschied zwischen den erstgenannten Firmen besteht. Den Versammelten wird es zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, die noch Fernstehenden dem Verbande zuzuführen. Zum Schluß wird darauf hingeiwesen, daß am 14. Februar die Ortskrankenkassenwahl stattfindet und aufgefordert, die Liste Höcker zu wählen.

Aus Lügen-Wenscheds Reich

Wenscheck, seines Zeichens Bevollmächtigter der Baugewerkschaft Merseburg, der von der Gnade eines Fritz Paeplow abhängig ist, desselben Paeplow, der auf dem Verbandstag in Karlsruhe dem heutigen Bevollmächtigten von Merseburg ins Gesicht schleuderte: **„Wenscheck, Dein Name ist Dummheit!"**, dieser Wenscheck, Stadtrat in Merseburg, während der Wahlkampagne Wanderredner der SPD., sinnt tagtäglich darüber nach, wie er die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter „verbessern" kann. In seinem Machtbereich ist vom Achtstundentag nichts mehr zu merken. Auf den Baustellen läßt sich dieser Herr nicht sehen, weil er kein Vertrauen mehr bei der Merseburger Bauarbeiterschaft besitzt. Paeplow hat ihn als Kommissar eingesetzt; er regelt alle Angelegenheiten vom Bureau, Seffnerstraße 4, aus. Erdreistet sich ab und zu einmal ein Bauarbeiter, ihn aus seiner Ruhe aufzuscheuchen, so ist Herr Wenscheck sehr erstaunt darüber und wundert sich, daß, trotzdem die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind, solche Beschwerden bei ihm vorgebracht werden. Kommt da kürzlich ein Kollege zu ihm und teilt mit, daß auf der Baustelle Lichtspielhaus täglich 12 bis 14 Stunden gearbeitet werden, auch kein Ueberstundenzuschlag gezahlt wird. Da erwidert dieser „Auch"-Gewerkschaftsangestellte, ihn ginge dies nichts an, erst sollten die dort Beschäftigten sich gewerkschaftlich organisieren. Darauf aufmerksam gemacht, daß ein Teil der dort Beschäftigten im Baugewerksbund organisiert sei, erklärt Herr Wenscheck: **„Ach was, erst müssen sie alle bei uns organisiert sein, dann erst greife ich ein."** Dieser Standpunkt eines Gewerkschaftsangestellten ist sehr verwunderlich. Wäre es nicht Pflicht dieses Arbeiter-„Führers" gewesen, sofort die Baustelle aufzusuchen und den dort Beschäftigten klarzumachen, daß diese Mißstände nur zu beseitigen sind, wenn alle restlos organisiert sind? Auch kann und muß Wenscheck eingreifen, unbekümmert, ob alle organisiert sind oder nicht. Aber Tehorie und Praxis ist bei solchen Leuten wie Wenscheck zweierlei.

Nach dem Gothaer das Breslauer Jugendkartell!

Die Kampfentschließung über die Jugendforderungen, die von dem in seiner großen Mehrheit aus SPD.- und SAJ.-Leuten bestehenden freigewerkschaftlichen Jugendkartell von Breslau gefaßt wurde, ist den Breslauer Oberbonzen in die Knochen gefahren. Es ist ja auch verständlich: die Barmat-Partei kann es doch nicht dulden, daß sich auch einmal eine „Ketzerei" breit macht, die die ganze „Ruhe und Ordnung" des ADGB. zu gefährden droht. Und nun tritt das ein, was wir als sicher vorausgesetzt haben:

Das ADGB.-Ortskartell von Breslau will das Jugendkartell auflösen und ein neues durch Bestimmung der Delegierten seitens der einzelnen Gewerkschaftsvorstände zusammenstellen.

Die Begründung ist die, daß das gegenwärtige Jugendkartell **nicht auf der Grundlage der „Mustersatzungen" der Jugendabteilung des ADGB. zusammengesetzt sei.** Famos, nicht wahr? Bisher hat sich kein Teufel und kein Oberbonze um die „Mustersatzungen" gekümmert. Da aber das Jugendkartell jetzt gewagt hat, eine revolutionäre Entschließung anzunehmen, besinnt man sich plötzlich, daß es so etwas wie „Mustersatzungen" gibt, die in der Not herhalten können, wenn nichts anderes hilft. Denn man will nicht so offen vorgehen, wie im Falle Gotha, und die Strafexpedition soll unter dem Deckmantel der „rein organisatorischen Maßnahmen" durchgeführt werden. Die Jugend in den Gewerkschaften soll ihres Rechtes beraubt werden, selbst ihre Delegierten zu wählen, und die Breslauer ADGB.-Bonzen werden ein „Jugendkartell" zusammenstellen, das ihnen angenehm und in jeder Weise ergeben ist.

Daß die Gewerkschaftsbureaukraten sich auch in diesem Falle als Agenten der Bourgeoisie treu bleiben und vor keiner Gemeinheit zurückschrecken, ist weiter nicht verwunderlich. Hat doch in Breslau vor kurzem der Herr Aderhold, erster Geschäftsführer des Zentralverbandes der Angestellten, Vorsitzender des Afa-Kartells und sozialdemokratischer Stadtverordneter, in einer Sitzung des ZdA.-Jugendausschusses erklärt:

„Eher lasse ich einen Deutschnationalen in unserer Jugend sprechen, als daß ein Kommunist spricht und möge er noch so viel Wissen besitzen!"

Aber die Arbeiterschaft darf es nicht zulassen, daß die ADGB.-Bureaukraten auf diese Weise unbestraft ihr schändliches Treiben fortsetzen. Darum: **Protestiert gegen die drohende Abwürgung des Breslauer Jugendkartells! Verhindert diesen neuen Spaltungsversuch der Reformisten!**

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkartell Halle. Wir weisen alle Vereine nochmals auf die am Mittwoch, dem 28. Januar, stattfindende Jahres-Versammlung in der „Goldenen Kette" hin. Alle Vereine werden ersucht, ihre alten und neuen Delegierten zu senden, da wichtige Tagesordnung. Vereine, welche ihren Fragebogen noch haben, müssen ihn mitbringen. Anfang 8 Uhr. Die Delegierten müssen ein Mandat von ihrem Verein vorlegen.

Nachdem sich nun innerhalb der **1. Klasse, Gruppe 1,** alles geklärt hat, hat die Tabelle folgenden Stand:

Ver in	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Tore für	Tore gegen	Punkte +	Punkte —
Eintracht Gröbers 1.	12	8	1	3	26	13	19	5
Fortuna Dölau 1.	12	8	2	2	24	12	18	6
Minerva Halle 1.	12	7	3	2	20	12	16	8
Askania Nietleben 1.	12	4	3	5	20	27	13	11
Sportklub Zörbig 1.	12	4	6	2	17	23	10	14
Ballspielklub Giebichenstein	12	2	7	3	16	27	7	17
Teutonia Halle 1.	12	—	11	1	10	14	1	23

Teutonia hat die Punkte vom 7 September 1924 bis Schluß verloren, da der Spieler Hunold nicht spielberechtigt war. Gröbers 1. ist Gruppenmeister.

2. Klasse, Gruppe 3, hat folgenden Stand:

Sportverein Kröllwitz 2.	12	12	—	—	78	6	24	—
Viktoria Halle 2.	12	10	2	—	35	15	20	4
Turn- u. Sportv. Reideburg 2.	12	6	6	—	14	29	12	12
Sportverein Wallerode 1.	12	6	6	—	6	29	12	12
Fichte Ammendorf 2.	7	4	3	—	15	17	8	6
Spielvereinigung Dürrenberg 2.	7	2	5	—	10	8	4	10
Hertha Lettin 1.	12	2	10	—	16	22	4	20
ASC. Halle 2.	12	1	11	—	8	56	2	22

Somit ist Sportverein Kröllwitz 2. Gruppenmeister der 2. Klasse, Gruppe 3, und alle anderen Tabellen folgen, sobald alles Außenstehende abgeschlossen ist.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball. Berichtigung zu der Tabelle der Serienspiele: Am 1 Februar spielt nicht Wörmlitz gegen Dölau, sondern Wörmlitz gegen **Schwimmer.** Am 8 Februar spiel: Wörmlitz gegen **Dölau,** nicht gegen Schwimmer. Spiel am 8 März Ammendorf 1. gegen Dölau 1. muß heißen Schwimmer 1. gegen Dölau 1. Das Spiel findet voraussichtlich auf dem Minerva-Platz statt. Die Vereine möchten hiervon Kenntnis nehmen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh Halle Lerchenfeldstraße 14

15

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf den besten Erfolg

Z ZUBAN

Das beste Zeugnis

für unsere guten Qualitäten ist die Empfehlung von Raucher zu Raucher, der sich unsere Marken erfreuen. Ohne besondere Reklame sind wir die größte süddeutsche Zigarettenfabrik geworden.

G·ZUBAN·MÜNCHEN

67

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 107001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch 28. Jan., abends 8 Uhr, „Volkspark".

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Generalversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Elsterthal"

Mansfelder Seekreis.

Eisleben. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus".

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Tivoli".

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten"

Mühlbeck. Mitgliederversammlung Mittwoch, 28. Januar, abends 8 Uhr. Gasthof.
Zörbig. Generalversammlung Dienstag, 27. Januar, abends 8 Uhr, Lokal Hübner.

Kreis Zeitz

Zeitz. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, in der „Reichshalle"

Zeitz. Große Funktionärsitzung am Dienstag dem 27. Januar, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge" Zu erscheinen haben der Vorstand, Obergruppenführer, Unterkassierer, Betriebszellenobleute, Gewerkschaftsfunktionäre und die Stadtverordneten-Wahlkommission usw. Erscheinen ist Pflicht.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Roten Löwen".

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Alle Mannschaften, sowie Jungsturm, Spielleute und Fahnendeputationen treffen sich heute abend ¾8 Uhr Thielenplatz.

Jungsturm.

Vorstand. Mittwoch, 28. Januar, 8 Uhr, Sitzung Restaurant Schützei, Kl. Ulrichstr.
Abteilung 6. Mittwoch, 28. Januar, 8 Uhr, Versammlung in der „Produktiv".

Saalkreis

Ammendorf. Dienstag 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen", außerordentliche Generalversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 30. Januar, 7 Uhr, lange Stube, Vorstandssitzung mit Zug- und Gruppenführern. 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Sonnabend, 31. Januar, ½8 Uhr ab Berliner Bahnhof Abfahrt nach Günteritz.

Sautzschen
Sonntag, 1. Febr.
Großer Maskenball
des
Kegelklub Johannismühle
Anfang 6 Uhr
Freundl. laden ein
Der Vorstand
Der Wirt
28

Hausfrauen
kauft nur bei unseren Inserenten!

Mit tiefem Schmerz erfahren wir, daß unser langjähriger zweiter Vorsitzender

Adolf Thiele

in der Sonntagnacht einem Schlaganfall erlegen ist. Trotz seiner zweiundsiebzig Jahre hat er mit vorbildlicher Aufopferung daran gearbeitet, uns in unserem Einde ein Helfer zu sein. Er wies der Invalidenbewegung den Weg des Kampfes um ihr Recht. Wir werden seiner stets in treuer Kampfgemeinschaft gedenken

Zentralverband der Arbeitsinvaliden
Ortsgruppe Halle

Unsere Mitglieder werden gebeten, am Donnerstag, nachmittags 2¾ Uhr, zur Einäscherung sich auf dem Gertrauden-Friedhof einzufinden 70

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250127-17/fragment/page=0008